

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Druck- und Verlagsanstalt Bochum, Nr. 570 13
Königsplatz, Berlin S 14, Wallstr. 66

Der Abonnementpreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen monatlich 75 Goldpfennig
K u z e i g e n p r e i s : Die 25 Millimeter breite Millimeterzelle oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Lindberg, Essen. Druck: H. Hausmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Biemelhauser Straße 38 42

Telephon-Nr.: 4300, 4301, 4302
Telegraphisch: A 1111 Bochum

Die Schlagge weht halbmaß...

Schlagwetterkatastrophe auf Minister Stein. - Einhundertsechszunddreißig Kameraden dahingerafft.

*basiale ogni speranza.
voi d'enrale!*

Auf Halbmaß wehen die Trauerflaggen über dem schwarzen Kohlenlande. Wieder einmal ist zur schrecklichen Gewissheit geworden, daß die furchtbaren Worte in Dantes „Göttlicher Komödie“ nicht nur über dem Eingangstor der Hölle, sondern oft auch über den Toren der Hellen stehen!

„Laßt jede Hoffnung draußen, ihr, die ihr eintretet!“ Aus der infernalischen Glut der Wetterblitze, dem donnernden Sturz der Felsensteine im engen Gefäß der durchbohrten Erde, dem tieflichen Gebilde atemraubender Gase steigt, zur Riesengröße gewachsen, namenloses Leid.

Immer lauernd, seiner Opfer ganz gewiß, sitzt, vom Knappenfleisch sich mästen, der Stubentod im schwarzen Nebel Tag für Tag, so melden die Statistiken, fallen dem Ungeheuer zwei Bergleute in den nimmerfertigen Mägen; Tag für Tag werden 215 Knappen im deutschen Bergbau vom Hauch des Todes berührt, von den Branten des verderblichen Grubendämonen verlegt. Draußen geht die Welt an diesem ununterbrochen sich abwickelnden Drama im finsternen Eingeweide der Erde achtlos vorüber. Nüchtern und trocken nur registriert die Statistik Tag für Tag im Bericht 2 Tote, 215 Verletzte. ... Tag für Tag!

Nur wenn das Ungeheuer des Grubentodes sich einmal gewaltig reckt, wenn unter dem jenseitigen Wetterstrahl die Wände der Grubenhöhle bersten, wenn gleich gellender Windsturm der weißglühende Tod durch die Stollen raft, wenn auf einen Schlag Hunderttausende blühender Menschenleben urplötzlich ausgelöscht werden, wenn im unbarbarischen würgenden Innern der Erde hundertzehntausend Todesröcheln ungehört verhallt, wenn die Verzweiflung sich zur Riesengröße türmt, wenn Kammern und Wehklagen in unfaßbarem Maße durch die Siedlungen des Bergmannsdistrikts töhnt — dann, ja dann gedenkt man des immerwährenden Dramas im Wauche der Erde, im Gewirre der Schächte.

Wir aber wollen an diesem Tage unsere fordernde Stimme um so schärfer erheben. Wir, die wir Tag für Tag den Kampf der immer dem Tode geweihten Bergknappen um Licht und Freiheit, um Recht und Wohlstand führen, wollen in dieser Stunde der Öffentlichkeit mit gesteigertem Nachdruck sagen, daß alle heute gebrochenen Trostworte den Opfern der Katastrophe, den Hinterbliebenen der ersticken, verbrannten und erschlagenen Bergleute, den übrigen Bergarbeitern, die Tag für Tag weiter den gleichen Gefahren ausgesetzt sind, nichts nützen. Möge der Gesellschaft immer ins Bewußtsein steigen, daß die in schauerlicher Reiche aufgebahrten toten Knappen ein glühend schlagendes Herz in Leibe hatten. Der Solidaritätsgedanke hatte über die Hälfte der dort Erschlagenen in der Kampffront unserer freien Bergarbeiterorganisation vereint. Aufrechte, wackere Kämpfer für die Ideen der Arbeiterklasse, deren beredter Mund oft auftrüttelnde Worte unter die Schär der Kleinläubigen und Trostlosen warf, liegen jetzt kalt und stumm in den Reihen der Geopferten. Ihre stumme Seele noch gibt zu erkennen, daß sie keine beiseitdringende Barmherzigkeit für einen Tag, daß sie kein Mitleidgestammel harigeltotener Arbeiterfeinde haben wollen. Sie und die anderen heute noch lebenden Bergarbeiter, die ganze Masse der Tag für Tag dem würgenden Grubentode ausgelieferten Bergleute, sie erheben auch heute wieder den fordernden Ruf: „Gebt uns gleiches Recht, gleiche Achtung, gleichen Wohlstand, würdiges Menschendasein! Wir wollen nicht auf ewig Rechte der Arbeit, sondern frei und selbstverantwortlich mitwirkende Menschen im Arbeitsprozeß sein. Wir wollen neben der politischen Freiheit auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung! Wir wollen endlich gesellschaftliche Geltung haben!“

Die stumm gewordenen Kameraden klagen an! Sie klagen an ein System, das ihre Arbeitskraft zu einem bloßen Objekt machte. Sie klagen an die verbliebenen Vertreter dieses Systems. Sie klagen an die Rechenherren, die immer und immer wieder den brutalsten Machtstandpunkt vertreten. Die den schwer arbeitenden Bergknappen noch im vorigen Jahre mit der Festschneidung der Arbeitszeit einen Monat lang verweigerten, um eine längere Arbeitszeit durchzusetzen. Die jede Lohnforderung der Bergleute als nicht berechtigt und „untragbar“ zurückwiesen. Die in geradezu infernalischer Wut gegen alle Ermutigungen der Arbeiter zu Felde zogen. Die den Betriebsräten in den Grubenrevieren das Leben so sauer wie nur möglich machten. Die ein schamlos sich auswirkendes Antreiberbistum mit Förderprämien, Gedingekürzungen und rücksichtslosen Terrormethoden in Anwendung bringen.

Gleich den Wettergasen im tiefen Schacht jammeln sich die Gewalten wachsender Empörung und wütender Verzweiflung in den Herzen der Bergarbeiter. Noch ein solch gefährlicher Funke, wie das Massenunfall auf Minister

Stein; und die Flamme lodern der Empörung schlägt in steigender Kraft über das ganze Ruhrkohlengebiet!

Ihr Herrschenden, hütet euch! Auch der Regierung möge die Erkenntnis kommen, daß sie sich mehr als bisher für die Interessen, das Wohl und Wehe der Bergarbeiter einsetzen muß. Die Schiedssprüche der letzten Zeit, welche immer und immer wieder den Willen der Bergarbeiter ignorierten, die mehr und mehr von den Behörden inaktionierten Methoden drückender Maßnahmen gegen die Bergarbeiter treten angesichts der dramatischen Ereignisse auf Minister Stein III heute den Massen wieder ganz besonders ins Gedächtnis. Noch im vorigen Monat entschied das Bergarbeitergericht in Dortmund gegen eine Klage der Betriebsräte von Minister Stein III. Diese Betriebsräte protestierten gegen eine Maßnahme der Rechenverwaltung, welche den Betriebsräten die gewissenhafte Befahrung der Grubenbahnen zum Zwecke der Prüfung der vorhandenen Sicherheitseinrichtungen erschwerte. Betriebsräte, die bisher ein Revier gründlich befahren konnten, mußten jetzt zwei Reviere befahren, damit sie beifer „pro-

„Allen Industriezweigen voran hat der Steinkohlenbergbau seine Förderung so weit vergrößert, daß fast die des Friedens wieder erreicht ist. Ein großer Teil der Rechen hat bereits die Vorkriegsförderung überschritten. So Minister Stein, wo am 19. November 3358 T., am 9. Dezember 3370 T., und am 20. Dezember 3374 T. gefördert wurden. Das ist das 1 1/2fache der Vorkriegsförderung. Eine anerkannt wertvolle Leistung für die Belegschaft wenn man bedenkt, daß die Zahl der Förderkräfte seit dem Kriege nicht vermehrt worden ist.“

Minister Stein ist nunmehr die höchstfördernde Zeche der Gelsenkirchener Bergwerks-A. G., deren Förde ung wiederum an der Spitze aller Bergwerksgefellschaften im Ruhrrevier steht.“

In Nr. 6 derselben Zechezeitung von Anfang Januar wurde in großer, fetter Aufschrift eine Texterkläre veröffentlicht, die folgenden Inhalt hatte:

Minister Stein.

Rekordzahlen der Förderung: 10. 11. 3358 Co., 9. 12. 3370 Co. Ein Bravo der Belegschaft!

Minister Stein steht jetzt nicht mehr nur mit den Rekordleistungsziffern, sondern auch mit der traurigen Rekordzahl der Todesopfer an der Spitze!

Einer der jetzt im Wetterstrahl der Katastrophe stumm gewordenen Knappen, unser Kamerad Heinrich Borgmeier, sandte noch vor seinem tragischen Tode an unsere Redaktion einen Brief, in dem es u. a. heißt:

„Wer die Dinge in der Welt durch eine scharfe Brille betrachtet, bekommt bei diesem „Bravo“ für die Belegschaft einen komischen Anreiz, auszuspucken, weil ihm der Priem plötzlich nicht mehr schmeckt. Denn diese Rekordziffern bergen etwas in sich, das man in der sogenannten Zechezeitung trotz eifrigem Suchen nicht findet. Daß bei diesen Ziffern, die in Wirklichkeit nur den Ausdruck des Jagens nach Profit, Förderprämien usw. darstellen, der arbeitende Mensch nur noch zum bloßen Objekt wird, liegt auf der Hand. So wurde vor kurzer Zeit ein junges, blühendes Bergmannsleben durch eine fahrende Grubensolomotive, die doch in unfaßlichen Zusammenhang mit den besagten Rekordzahlen der Förderung zu bringen ist, vernichtet.“

Aber auch in anderer Hinsicht läßt sich noch ein Zusammenhang der Rekordzahlen feststellen, und zwar der Steiger Althoff, Revier 9, scheint einen beträchtlichen Anteil an diesen hohen Förderziffern zu haben. Am 13. Januar 1921 wurde von diesem Edelmann ein Schlepper ohne Grund festig mit dem Meterstock geschlagen und einem anderen Schlepper, der zufall, gesagt: „Ich schlage dir gleich die Zähne aus der Schnauze!“ Wir möchten hier nur kurz feststellen, daß die betreffenden hohen Förderziffern nur durch ein unmenschliches Antreiben der Belegschaft und durch Verfahren von Ueberbüchsten erreicht worden sind.

Den unsern Verbanne fernstehenden Kameraden möchten wir bei dieser Gelegenheit sagen: Nur der ist der Freiheit und einer anständigen Behandlung würdig, der in unsern Reihen mitleidig, den Kapitalismus zu festigen. Drum hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands! Heinrich Borgmeier.“

Dieser Brief des bei dem Unfall mit zu Tode gekommenen Kameraden Borgmeier ist ein Dokument von unerhörter dramatischer Wucht. Es ist, als habe dieser alte Kämpfer für die Bergarbeiter bereits das Ende mit Zähnen vorausgesehen, das einmal kommen mußte bei einem Betriebsunfall, in welchem die Jagd nach Kohle in so rücksichtsloser Form durchgeführt wurde.

Die Rechenverwaltung der Zeche Minister Stein muß sich jetzt vor der Öffentlichkeit verantworten! Es ist vor allem zu fragen, warum die Verwaltung in dem zu den schlagwettergefährlichen Schächten gehörenden Schacht III das Gesteinstaubverfahren noch nicht durchgeführt hatte. Die Vorrichtungen dazu waren noch im Einbau. Das Oberbergamt teilt mit, daß die Verriegelungsanlagen vorhanden waren. Die Frage ist aber zu stellen, ob diese Anlagen auch funktioniert hat. Denn ein der ersten Feststellungen der am Freitag, den 13. Februar, eingefahrenen Untersuchungskommission war das Vorhandensein von ungeheuren Kohlenstaubmengen. Der Kohlenstaub lag an manchen Stellen so dick, daß er bis an die Knöchel reichte. Weiter stellte die Kommission fest, daß sich in einer Brennkammer erhebliche Mengen Wetter angesammelt hatten. Weiter steht fest, daß einen Tag vor dem Unfall auf der dritten Sohle ein außerordentlich starker Gebirgsdruck erfolgte, der 18 eiserne Stempel verschoben und zerbrochen hatte. Als die Stelle befreit wurde, stellte ein Betriebsauswärtiger fest, daß 1 Proz Wetter vorhanden waren. Diese Feststellung wurde am Donnerstag des Unglückstages gemacht. Ein Lokomotivführer, der durch diesen Teuf der Sohle gefahren war, jagte aus, ein ungeheurer Knall und starker Brandgeruch machte sich bemerkbar. Trotzdem die Untersuchungskommission bereits

Opfer fallen hier...

Victor
Kalinowski

**Hundertdreißig brave Knappen traf der Wetterstrahl.
Hundertdreißig Todeschreie stillten ihre Qual.**

**Hundertdreißig Frauen weinen um den Sohn, den Mann.
Viele, viele Kinder fragen: Wann kommt Vater, wann?**

**Hundertdreißig Opfer liegen stumm, verbrannt, zerseht.
Wer hat sie in Tod und Grauen rücksichtslos geheht?**

**Geldschrank, Kuxe, Dividende: diese Dreierheit ist
Die sich mästende Hyäne, die nur Menschen frist.**

„aktive Arbeit“ leisten konnten. Die ganze ungeheure Schuld der Rechenherren tritt hier aus Licht. Im gebührenden Kleinkauf nicht man den pflichtbewußten Betriebsräten, die mit der Befahrung der Strecken nur das Leben ihrer Kameraden schützen wollen, die Arbeit möglichst schwer zu machen. Doch nicht nur auf einer Zeche, im ganzen Kohlenrevier macht sich der reaktionäre Geist der Rechenherren bemerkbar. Aus allen Institutionen nicht man die Arbeitervertreter hinauszufeln. Noch am 6. Februar fand nach fast zweijähriger Pause endlich wieder einmal eine Sitzung der sogenannten Gesteinstaubkommission statt. Der Vertreter unseres Verbandes forderte dort eine Befahrung der Gruben, um nachzuforschen, wie weit auf den einzelnen Schachtanlagen das Gesteinstaubverfahren eingeführt sei. Gegen diesen Antrag wandte sich unter Zustimmung der Unternehmer der Vertreter des Oberbergamtes, getreu der kapitalistischen Auffassung, daß die Arbeitervertreter möglichst wenig in die Betriebe hineingeführt werden dürften. Auch dieser Vorfall zeigt, daß die Bergbauunternehmer wieder, wie zu des glorreichen Wilhelm Zeiten, Serren i in Hause sein wollen. Neben Opfern der Grubenkatastrophe, die heute von der Presse der Schwerindustriellen in den sentimentalistischen Tönen als „brave Knappen“ bezeichnet werden, haben die Rechenherren im mahlohen Dunkel immer das Recht freier Willkürbestimmung abgeprochen. Die Opfer, die dort ihr Leben ... den mußten, waren in den Rechnungen der Rechenkapitalisten immer nur die Nummern, nur die Gegenstände, nur die Objekte im Betrieb, deren Arbeitskraft einfalligiert wird, wie die Arbeitsleistung irgendeiner Maschine. Die Forderungen für ein menschenwürdiges Dasein der Bergarbeiter werden die Rechenherren auch in Zukunft ablehnen, selbst wenn sie heute Krokodilstränen vergießen und um die Opfer weinen.

Die Zeche Minister Stein ist dafür bekannt, daß innerhalb ihrer einzelnen Schachtanlagen das größte Antreiberbistum herrschte. Gerade diese Zeche ist es, auf der einmal das Wort gefallen ist: „Wir können nur junge, kräftige Leute gebrauchen, die auch noch was ordentliches leisten!“ Die Opfer der Katastrophe auf Schacht III waren zumeist Leute in den zwanziger Jahren. Die Rechenverwaltung von Minister Stein gibt eine eigene Zechezeitung zum Zwecke der „Aufklärung“ für die Belegschaft heraus. Ein Blick in dieses Organ läßt vielleicht gewisse Schlüsse auf die Ursache des Unfalls zu. In Nr. 2 dieser Zechezeitung von Mitte Januar heißt es in einem Artikel: „Kohle — die erste Lebensbedingung“, unter anderem:

wieder eine Wetteranmeldung an dieser Stelle von 1 Proz. feststellte, behauptet der Betriebsführer, daß er bei Prüfung dieser Stelle am Mittwoch keine Wetter hätte feststellen können und daß deshalb auch die Maschine weiter an jener Stelle vorbeigefahren sei.

Alle diese Angaben bedürfen einer genauen Nachprüfung. Ob und wie die direkte Veranlassung der Katastrophe festgestellt wird, bleibt abzuwarten.

Am Kranger steht aber schon ein System, in welchem das Menschenleben nichts und der Profit alles ist. Ein System, das einen geradezu grenzenlosgemachten Raubbau am köstlichsten Gut der Wirtschaft, der Arbeitskraft, ausübt.

In der Bahre ihrer toten Kameraden stehen die Bergarbeiter und fühlen die kalte Majestät des Todes. Möge in allen Kameraden die letzte Mahnung des dahingegangenen Kameraden **Bo r e m e i e r**, der Organisation die Treue zu halten, tiefste Erkenntnis werden. Die toten Kameraden ruhen aus ihrem Grabe den noch lebenden Bergleuten zu:

O steht gerüstet, seid bereit, und schaff, daß diese Erde, Darin wir ruhen frad und starr, ganz eine freie werde!

Tragische Einzelheiten.

Ueber die Katastrophe werden grauenvolle Einzelheiten bekannt. Neunzehn Verletzte mußten mehrere Stunden gelebt haben. An einer Mauer der Unglücksstelle stand mit Kreide geschrieben: „Wir 19 sind noch am Leben. 1 Uhr nachts.“ Einer der aufgefundenen Toten hatte mit Kreide an seinen Fuß geschrieben: „Als 11 Uhr nachts habe ich noch gelebt.“ Zu Fuß Rudolf wurden von Rettungsmannschaften gegen 4 Uhr morgens 17 Mann geborgen, unter ihnen der Betriebsrat Karl Ott. Durch Luftschiffen bekundeten dieselben, daß sie um 11 Uhr gelebt haben. Die erste Luftschiff lautete: „Es ist 10 1/2 Uhr, wir sind 17 Mann, 2 haben abgeatmet. Es bleiben nur noch 15. Karl Ott.“ Die zweite Luftschiff hat folgenden Wortlaut: „Jetzt ist es 11 Uhr, wir wissen uns nicht mehr zu helfen. Karl Ott.“ Eine andere Luftschiff an einer Latte lautet: „Es ist 10 Uhr. Wir leben noch.“

Wie die Verletzten durch Fingerzeige versuchten, ihre Rettung zu erleichtern, geht aus folgender Luftschiff hervor: „Wir sind neun Mann.“ Dazu ein Pfeil in der Richtung bergab nach der zweiten Sohle gelang.

Bergwerkende Szenen spielten sich vor dem Zechentor ab. Viele Frauen wurden ohnmächtig von der Unglücksstelle getragen. Ein junges Mädchen, das seinen Bruder verloren hatte, wurde geisteskrank. Eine einzige Familie verlor den Vater und fünf weitere Mitglieder.

Der Bericht des Oberbergamts.

„Auf der Zeche Minister Stein in Dortmund hat sich am Mittwoch, den 11. d. M., abends gegen 8 Uhr, eine folgenschwere Explosion ereignet. Sie hat an Opfern 129 Tote und 8 Verletzte gefordert. Zurzeit, Donnerstag nachmittags 3 Uhr, sind außer den Verletzten 95 Tote geborgen. An die übrigen Vermissten, die zweifellos tot sind, ist noch nicht heranzukommen.“

Die Explosion ist entstanden im Südschiff der Schachtanlage III und hat zwei Bauabteilungen in Mitleidenhaft gezogen. Es werden vier Flöze der mittleren Fettkohlenpartie gebaut; drei weitere Flöze stehen in Vorbereitung. Explosionsherd und Explosionsursache können noch nicht festgestellt werden, da die Baue wegen der vorhandenen zahlreichen schweren Brüche noch nicht sämtlich befahren werden konnten. Die Gerichte, die über die Explosionsursache im Umlauf sind, entbehren der Begründung. Zurzeit kann nur gesagt werden, daß Kohlenstaub bei der Explosion mitgewirkt hat.

Die Aufräumungsarbeiten sind im Gange. Es darf damit gerechnet werden, daß auch die letzten Toten noch im Laufe dieses Tages geborgen werden.

Eine weitere Gefahr für Menschenleben besteht nicht. Die Sicherung der durch die Explosion betroffenen Baue durch Gesteinstaub war beachtet, aber noch nicht vollkommen durchgeführt. Die vorgeschriebenen Verfestungseinrichtungen waren vorhanden. Die einzelnen Abteilungen waren außerdem teilweise durch Gesteinstaubhauptstrecken gesichert.“

Nach den letzten Meldungen hat sich die Zahl der Todesopfer auf 136 erhöht. Die Meldung des Oberbergamtes zeigt, daß Kohlenstaub mitwirkte. Es ist zu unterzuchen, inwiefern die Kohlenstaubgefahr auf diesem Schacht durch die von der Grubenverwaltung geförderte Methode des „Aränzens“ verstärkt worden ist.

Die Totenliste.

Die Liste der auf Minister Stein tödlich Verunglückten umfaßt folgende Namen:

- Aus Dortmund-Ebing: Martin Amerjed, verh., 1 Kind. Konrad Achenbach, verh., 3 Kinder. Anton Kieß, ledig. Herm. Herden, verh., 2 A. Friedrich Scholz, verh., 2 A. Ernst Herbert, ledig. Max Fröhlich, verh., 3 A. Otto Veltau, ledig. Alfred Thormann, ledig. Herm. Sämper, ledig. Wilh. Meier, ledig. Friedrich Spielmann, verh., 1 A. Karl Andensted, ledig. Paul Kredel, ledig. Heinrich Süpfer, verh. Robert Witting, ledig. Anton Kaller, verh., 2 A. Rudolf Fijner, ledig. Heinrich Richter, verh. August Buder, verh., 1 A. Heinrich Meier, ledig. Paul Böring, verh., 1 A. August Fijner, verh. Hermann Verheide, ledig. Paul Salda, ledig. Karl Berdem, ledig. Friedrich Bachmattig, verh. Wilhelm Hüppe, verh., 2 A. Josef Lischer, ledig. Werner Sostwagner, verh., 1 A. Karl Fiebig, verh. Wilhelm Schneider, verh., 3 A. Fritz Müller, ledig. Hermann Schneider, verh., 2 A. Fritz Blum, verh., 1 A. Max Ludwig, ledig. Heinrich Borgmeier, verh., 2 A. Friedrich Pohl, ledig. Hubert Hillebrand, ledig. Gustav Hein, verh., 1 A. August Vogt, ledig. Hermann Neese, verh., 3 A. Walter Katanowski, ledig. Otto Richter, verh. Friedrich Klämann, verh., 2 A. Karl Ott, verh., 2 A. Otto Wichmann, ledig. Gustav Richter, ledig. Heinrich Wohlgenuth, led. Joh. Ewers, ledig. Rich. Kultima, v. Wilh. Böhne, v. 1 A. Adam Smolinski, ledig. Ernst Walter, ledig. Otto Sanjpef, ledig. Ludwig Klämann, led. Joh. Dolala, verh., 2 A. Franz Wichmann, verh. Eduard Gischowski, verh., 2 A. Alfons Pesche, ledig. Emil Burghardt, ledig. Wilh. Bogt, verh., 3 A. Ferd. Freder, ledig. Gustav Schmidt, verh., 2 A. Friedrich Burghardt, verh., 2 A. Herbert Neumann, verh. Heinrich Ewert, ledig. Hermann Lischer, ledig. Karl Neumeier, ledig. Paul Hoffmann, ledig. Arthur Kitzke, ledig. Fritz Wäß, verh., 2 A. Erich Wege, ledig. Karl Wojnowski, ledig. Friedrich Bieber, ledig. Karl Watterski, ledig. Steiger Thielhütter. Steiger Wehmeier. — Aus Dortmund: Joh. Griesche, ledig. Heinrich Hofmann, ledig. Otto Littel, verh., 4 A. Karl Schulz, ledig. Paul Richter, verh. Heinrich Däder, verh., 2 A. Gustav Peddinghaus, verh., 5 A. Wilhelm Brinmann, ledig. Wilhelm Senzko, ledig. Fritz Ebert, ledig. Leo Schwarz, ledig. Johann Kowalski, ledig. Joh. Schmidt, verh., 1 A. Apollinaris Zaremska, verh., 3 A. Heinrich Schädel, ledig. — Aus Erden: Walter Lundström, ledig. Peter Kaczmarek, verh., 1 A. Ernst Edmann, ledig. Josef Maklowski, ledig. Edward Wengörz, ledig. Erwin Reitemeyer, ledig. Anton Beder, verh. Wilhelm Kojchinski, verh., 1 A. Rudolf Olschewski, verh., 1 A. Wilh. Schöning, ledig. Johann Galeszki, verh., 1 A. August Schöning, ledig. Fritz Schöning, ledig. Josef Matzkef, ledig. Otto Schimmsid, ledig. Franz Krzyzozak, ledig. Johann Weber, ledig. Theodor Schlierenkämper, led. Friedr. Jatzkowski, verh., 2 A. Hugo Richter, ledig. Emil Schimanowski, ledig. Anton Orzeszowski, ledig. Friedrich Pöding, verh., 1 A. Ernst Domak, ledig. Wilh. Bontendorf, ledig. Thomas Czerninski, ledig. Josef Reitemeyer, ledig. Antonhaus. — Aus Erden: Wilh. Wiesberg, ledig. Josef Reesmat (Krankehaus). — Aus Lindenhorst: Heinrich Birlemeier, verh., 1 A. Clemens Bollwoth, ledig. Emil Barzschat, verh., 2 A. — Aus Erden: Hermann Sander. Ernst Beder, ledig. Rudolf Sander, verh., 3 A. — Aus Lünen: Wilhelm Freitag, verh., 5 A. Friedrich Neumann, ledig. — Scharnhorst: Gustav Bierckent, ledig. — Aus Sagen: Paul Kintmann, ledig. — Aus Söppede: Joh. Gierminski, verh., 1 A. — Aus Wältrien: Hermann Gierminski, verh., 1 A.

Sozialistische Solidarität.

Die erste Hilfe der Arbeiterorganisationen.

Der Parteivorstand hat dem sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Dortmund davon Kenntnis gegeben, daß ihm von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen je 3000 M., dem Hauptauschuß der Arbeiterwohlfahrt und dem Parteivorstand je 5000 M. und vom Soz. Presseklub 1000 M., insgesamt 17000 M. zur Verringerung der dringenden Not in den von dem Grubenunglück auf Zeche Minister Stein betroffenen Familien zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Verlag der „Dresdener Volksz.“ und der „Volkszeitung“ in Bremen haben inzwischen ebenfalls 1000 M. bzw. 500 M. für die bedauerlichen Opfer der Dortmund Katastrophe zur Verfügung gestellt. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Berlin hat bereits 2000 M. nach Dortmund überwiesen. Auch die Buchdruckerei des „Vorwärts“ hat 2000 M. für die Opfer an den sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Dortmund gesandt. Vom Verlag des „Vorwärts“ wurden 2500 M. zur Verfügung gestellt. Es ist zu erwarten, daß dieser Betrag von 25 000 M. durch weitere Hilfs Spenden sozialdemokratischer Institutionen in den nächsten Tagen ergänzt wird. Der Verlag des „Sächsischen Volksblattes“ in Juidau hat zur ersten Hilfe einen Betrag von 1000 M. telegraphisch nach Dortmund überwiesen.

Im Reichstag

Am es zunächst am Donnerstag mittag zu einer Beileidskundgebung anläßlich des Unglücks. Die Kommunisten beantragten die Einsetzung eines 18gliedrigen Untersuchungsausschusses. Unserer Verbandskammeraden im Reichstag saßen die Sache praktisch an, da ein großer Untersuchungsausschuß sofort und praktisch doch nicht neben der amtlichen Untersuchung hätte arbeiten können. Sie setzten sich mit dem preussischen Handelsminister in Verbindung und vereinbarten mit ihm, daß vier Reichstagsmitglieder an der amtlichen Untersuchung teilnehmen sollten. In der Gruben sicherheitskommission sind Kommunisten und Deutsche Volkspartei durch je einen Abgeordneten vertreten, aus dem Reichstag trat dann je ein Abgeordneter der Deutschnationalen, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hinzu, so daß auf möglichst einfache und schnelle Weise der Wunsch des Reichstags nach Teilnahme an der Untersuchung erfüllt wurde. Die Kommunisten beanspruchten zunächst noch einen weiteren Sitz, konnten sich aber der Begründung unseres Antrags durch den Kameraden L i m b e r g nicht verschließen. Ein stimmig gelangte dann dieser Antrag zur Annahme:

„Der Reichstag wolle beschließen, die mit der Vorbereitung von vier Mitgliedern des Hauses zu bestimmen, eine der preussischen Gruben sicherheitskommission und dem Betriebsrat der Zeche Minister Stein an der sofortigen Untersuchung der Ursachen des Unglücks auf getaunder Zeche teilnimmt.“

Große Anfrage im Preussischen Landtag.

Die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei im preussischen Landtag haben folgende große Anfrage eingereicht:

„Am Mittwoch, den 1. Februar 1925, abends 8 Uhr, hat sich auf der Zeche Minister Stein bei Dortmund eine schwere Grubenexplosion ereignet. Durch diese Grubenexplosion wurden 129 Bergarbeiter getötet und 8 schwer verletzt. Wir fragen das preussische Staatsministerium:

- 1. Ist diese Grubenexplosion eine reine Schlagwetterexplosion gewesen? 2. Hat bei dieser Explosion auch der Kohlenstaub mitgewirkt? 3. Sind auf der Zeche Minister Stein alle bergpolizeilichen Vorschriften von der Zechenverwaltung befolgt worden? a) ist das Gesteinstaubverfahren eingehalten worden? b) wenn nicht, ist die Wasserberieselung intakt gewesen? c) ist das Auftreten der Schlagwetter im Grubenbau der Zeche Minister Stein bereits früher festgestellt worden? 4. Hat die Zechenverwaltung die Betriebsräte in der Kontrolle der Grubenbaue eingeschränkt?

Was gedenkt die preussische Staatsregierung zu tun, um die in der letzten Zeit häufig vorgekommenen schweren Grubenexplosionen zu verhindern? Was gedenkt die preussische Staatsregierung zu tun, um den Massenunglücken im Bergbau einen Einhalt zu bieten?

G r a e f i n s k i, L e i d, O t t e r (Bochum), K l u p j a c h (Dortmund), F a t o b s (Reddinghausen), F r a n z (Oberschlesien), F r i e s (Siegen), T h i e l e (Waldenburg) und die übrigen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags.“

Beileidskundgebungen

gingen beim Verbandsvorstand ein:

Herr Reichspräsident E b e r t hat mich beauftragt, den Bergarbeiterverbänden zu dem schweren Unglück auf Zeche Minister Stein den Ausdruck seines Beileids zu übermitteln. O v e r t h u n, Verghauptmann.

Das tief erschütternde Grubenunglück bei Dortmund hat wiederum über hundert Kameraden mitten aus dem Leben gerissen, einem Leben schwerer Arbeit und täglicher Gefahr. Der Bundesvorstand spricht dem Bergarbeiterverband seine herzliche Teilnahme, den Familien der Tapferen, die ein Opfer ihres Berufs wurden, sein tief empfundenes Beileid aus. Die jahrzehntelangen Bestrebungen des Bergarbeiterverbandes, durch technische Verbesserungen den Kreis der Gefahren entgegen zu ziehen, denen die Bergarbeiter in so hohem Maße ausgesetzt sind, haben leider noch nicht zu erreichen vermocht, daß solche Katastrophen sich nicht mehr ereignen können. Das Dortmund Unglück muß jetzt wie ein Appell an das nationale Gewissen wirken. Der Bundesvorstand gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Ursache der Katastrophe nicht in der unverantwortlichen Unterlassung von Sicherungsmaßnahmen zu suchen sein wird, die leider mehr als einmal der Anlaß der Tragödien war, die den Beruf des Bergmanns zu einem der schwersten und gefährlichsten machen. Der Bundesvorstand versichert, darauf dringen zu wollen, daß alles geschieht, um zu einer rasen und gründlichen Aufklärung des verhängnisvollen Unglücks zu gelangen, und daß nichts unterlassen wird, was dazu beitragen kann, den Gefahrenschutz in Zukunft wirksamer zu gestalten.

London, 13. Februar. Aufrichtiges Beileid von den britischen Bergarbeitern für die Opfer des schrecklichen Unglücks an der Ruhr. Sendet bitte Einzelheiten. C o o l.

London, 12. Februar. Die englischen Bergarbeiter wünschen, herzlichste Teilnahme den Hinterbliebenen der furchtbaren Explosion auszudrücken. C h a r l e s E d w a r d s, Sekretär.

London, 13. Februar. Das General-Council des britischen Gewerkschafts Kongresses übermittelt sein tiefstes Beileid und Mitgefühl zu dem Unglück in Dortmund, bei dem über 100 Bergarbeiter ihr Leben lassen mußten. Die britischen Arbeiter versichern den Hinterbliebenen der Verunglückten ihre tiefste Sympathie. B r a m l e y, Sekretär.

Leoben, 13. Februar. Unser innigstes Beileid anläßlich der schrecklichen Katastrophe auf Zeche Minister Stein.

Verband der Bergarbeiter Deutsch-Oesterreichs.

Unser erschütterter über das furchtbare Unglück in Dortmund, senden die ungarischen Bergarbeiter ihr tiefstes Beileid den unglücklichen Familien. Verband ungarischer Bergarbeiter. P e t e r.

Tiefererschüttert mußten wir Kenntnis nehmen von dem furchtbaren Grubenunglück auf der Zeche Minister Stein, dem weit über 130 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind. Vor wenigen Tagen noch, bei vor wenigen Stunden, haben Eure Kollegen bei den Verhandlungen mit allem Nachdruck auf das gefährliche Steigen der Krankheits- und Unfallziffern hingewiesen. Als graufiges Echo klang uns heute die Unglücksbotschaft von Dortmund entgegen. Im Augenblick ist Schuld oder Nichtschuld unerwiesen. Wir wollen deshalb an dieser Stelle nicht rechten und richten. Angefächelt der aufgebahrten Toten gestattet mir, im Namen der

allerherzlichste Mitgefühl für alle Beteiligten auszuspochen. Die große geistige Not der Betroffenen können wir nicht lindern. Sollten wir in der Lage sein, das materielle Los der Verunglückten und Hinterbliebenen in etwa zu erleichtern, sind wir gern bereit, nach Kräften unser bescheidenes Scherflein beizutragen.

Möge auch dieses Massenopfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit allen Teilen eine Mahnung sein, mehr noch wie bisher bedacht zu sein, die außerordentlich großen Gefahren des Bergbaues mit dem größten Ernst und Eifer zu bekämpfen. Zentralkomitee der Maschinen u. Setzer. F. A.: Alfred Rosenberg.

Düsseldorf, 13. Februar. In kameradschaftlicher Treue Ihnen und allen Angehörigen der Arkeistkollegen Ihres Verbandes, die bei dem schweren Zechenunglück ihre Arbeitstreue mit dem Tode bezahlten, herzlichstes Beileid. Deutscher Werkmeisterverband.

Berlin, 12. Februar. In tiefer Trauer um den Tod so vieler weiterer Bergleute senden wir unsere Fahnen. Möge die vom Unglück so hart verfolgte Bergarbeiterkraft vor weiteren Schicksalsschlägen bewahrt bleiben. Reichsbanner Schwarzrotgold, Berlin-Brandenburg.

Vom luxemburgischen Verband ging das folgende Telegramm ein Luxemburg, 4. Februar. In tiefer Erschütterung und Trauer vor dem ungeheuren Unglücksfall in Dortmund entbietet luxemburgische Gewerkschaftskommission dem Deutschen Bergarbeiterverband und den Hinterbliebenen der Opfer herzlichstes Beileid. R i e r.

Paris, 14. Februar. Die Verwaltungscommission des französischen Gewerkschaftsbundes drückt den Familien der bei der Dortmund Katastrophe verunglückten Bergleute die Gefühle brüderlicher Teilnahme aus. Für die französischen Gewerkschaften: J o u h a u r.

Zahl den Bergarbeitern Entschädigung!

Unser Verbandsvorstand richtete an die Reichsregierung folgendes Schreiben:

Bochum, den 15. Februar 1925. An die Reichsregierung, z. B. des Herrn Reichszanzlers Dr. L u t h e r, Berlin. Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 17. Oktober 1924, gerichtet an das Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, unter weiterer Bezugnahme auf die inzwischen erfolgte Zahlung von ca. 700 Millionen Mark an die rheinisch-westfälischen Industriellen als Entschädigung für Ruhr- und Reparationsverlusten, beantragen wir: einer Entschädigung an die Bergarbeiter der rheinisch-westfälischen Steu- und Braunkohlenreviere als Ersatz für ihnen durch die Folgen der Ruhrgebietsbesetzung entstandenen Verluste baldigst näher zu treten. Eine Substanzierung dieser Schadenforderungen behalten wir uns für besondere Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Arbeitnehmerorganisationen vor, um deren baldigste Anberaumung wir ersuchen. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Kommunistische Einigungsmethoden.

Das „Ruhr-Echo“ vom 14. Februar enthielt einen Brief, der angeblich an den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands gerichtet war von der „Zentrale Industrie-Gruppe Bergbau-Union“. In demselben wurde unser Verband aufgefordert, zur Organisation des Kampfes um die Siebenstundenschicht und zwecks einheitlicher Organisation einer Verständigung der beiden Organisationen zuzustimmen. Unser Vorstand war über die Veröffentlichung sehr erstaunt, da ihm von einem solchen Brief nichts bekannt war. Vier Stunden später, um 11 Uhr, erschien dann ein Bote auf dem Verbandsbureau, den betreffenden Brief abzugeben. Der Vorliegende verweigerte im Einverständnis mit dem gerade im Verbandsbureau tagenden Gesamtvorstand unseres Verbandes die Annahme des Briefes. Wir konnten ihn ja schon aus dem „Ruhr-Echo“ und hatten keine Veranlassung, uns mit den heuchlerischen Vorschlägen der Kommunisten zu beschäftigen. Wer die Einheit der Bergleute will, sucht nicht einen der vier Verbände unserer Tarifgemeinschaft zu Sondervorgehen zu veranlassen! Wer diese Einheit will, veröffentlicht die Einladung nicht in der Presse, bevor sie dem Adressaten zugestellt ist! Wer diese Einheit will, ladet nicht in derselben Nummer derselben Zeitung an den verschiedensten Stellen die größten Beschimpfungen unserer Bewegung ab!

„Reichensledder“ nennt das Blatt die sozialdemokratische Arbeiterchaft und schreibt: „Die sozialdemokratische Gewerkschafts- burokratie haben bei jedem Bergarbeiterkampf auf Seiten der Unternehmer gestanden, den Lumpen statt Brot zu geben, ihnen Blei in die Knochen gejagt.“ „Wui Teufel in die Gemeinheit angefaßt, der Mahnung zu wirklicher Einigkeit der Bergleute, die in dem entsetzlichen Massenunglück von Minister Stein liegt! Unser Verband müßte jeden Funken von Selbstachtung verloren haben, wenn er unter Nichtachtung bisheriger Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden mit diesen Leuten verhandelte, solange sie sich in dieser Weise für die „Einheit“ der Bergarbeiter einsetzen!

Stellungnahme zum Ueberarbeitschiedspruch.

In voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir bereits den am 5. Februar 1925 gefällten Schiedspruch mitgeteilt. Nicht größerer Funktionärskonferenzen, die am 8. Februar wegen der bevorstehenden Betriebsrätemahlen stattfanden, nahmen auch zu dem Schiedspruch Stellung. Einmütig protestierten die Funktionäre gegen denselben und forderten seine Ablehnung durch die Verbandsleitung. Die im Schiedspruch vorgesehene Ueberarbeit geht weit über das Maß und die Dauer dessen hinaus, was zurzeit wirtschaftlich erforderlich ist. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, dahin zu wirken, daß der Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt wird. Besonders scharf wurde Kritik geübt an dem Verhalten der Werksbesitzer; desgleichen daran, daß die Minister sehr leicht geneigt seien, den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen. Die von den Konferenzen angenommene Entschließung lautet im Kern:

„Die Konferenz vom 8. Februar 1925 nimmt von dem in der Ueberarbeitsfrage gefällten Schiedspruch vom 5. Februar 1925 mit Enttäuschung Kenntnis und beauftragt die Verbandsleitung, denselben unbedingt abzulehnen. Sie erwartet vom Reichsarbeitsminister, daß er den Schiedspruch nicht für verbindlich erklärt.“

Die Funktionäre drachten noch zum Ausdruck, daß mit allen Kräfte für die Stärkung der Organisation gearbeitet werden soll, da nur durch eine starke Organisation die berechtigten Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern gewahrt werden können.

Gelehebung und Verwaltung.

Das nennt man soziale Steuern.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Anzahl Steuerentwürfe zugeleitet, die in der Hauptfache Ermäßigung der Steuerlast für die Besitzenden bedeuten. Bei dem Steuerertrag von Lohn und Gehalt ist der sozialdemokratische Antrag, den steuerfreien Lohnanteil von monatlich 60 M. auf 100 M. zu erhöhen, unberücksichtigt geblieben. Nun soll bei dem werten und den folgenden Kindern der Steuerfuß nicht wie bisher um 1 Proz., sondern um 2 Proz. gemindert werden. Das macht finanziell für das Reich gar nicht viel aus, bedeutet keine Erleichterung für die breiten Massen der Gehalts- und Lohnempfänger, stellt aber z. B. den Direktoren mit 8000 M. Gehalt und sechs Kindern steuerfrei. So direkt die

Zechenbesitzer und Tarifausfluß.

Die im Schiedspruch vom 10. Dezember 1921 vorgesehene Lohnerhöhung ist von den Zechenverwaltungen und den Bergarbeiterverbänden zum größten Teil vorenthalten worden. Die Bergarbeiterverbände wandten sich deswegen an den Zechenverband. Dieser billigte jedoch das Verhalten der Zechenverwaltungen mit der Begründung, daß eine Erhöhung des Gehingelohnes dann nicht in Frage käme, wenn auf der Schichtanlage der Durchschnittslohn von 7,66 Mk. erreicht sei. Wegen einer solchen Handhabung der im § 5 in Frage kommenden tariflichen Bestimmungen wandten sich die Organisationsvertreter gelegentlich der Verhandlung mit dem Zechenverband am 22. und 30. Januar über Neuregelung der Löhnerarbeit. Eine Verständigung wurde nicht erzielt. Man einigte sich dahin, die Frage am 6. Februar 1925 im Tarifausfluß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Meßlich als Unparteiischen zum Austrag zu bringen. Gleich nach Beginn der Tarifausflußverhandlungen wandten sich die Vertreter des Zechenverbandes in heftiger Weise gegen das Verhalten der Bergarbeiterverbände. Sie beriefen sich dabei auf eine vom Präsidenten Dr. Stryap (dem Vorsitzenden der Schlichtungskammer in der Verhandlung am 10. Dezember 1921) abgegebene Erklärung, nach der eine Lohnerhöhung für Bergarbeiter nicht in Frage käme bei Voraussetzung, wenn der Lohn von 7,66 Mk. schon erreicht sei. Auch der Reichskommissar Meßlich wies auf die Erklärung Dr. Stryaps hin und gab der Meinung Ausdruck, daß es sich in der Hauptsache um drei Fragen handele, und zwar:

1. Welche Vorschriften bestehen über Auswirkung von Lohnerhöhungen auf die Gehingearbeiter?
2. Welcher Art war die bisherige Übung?
3. Welcher Art war die diesmalige Übung und inwieweit ist sie von der bisherigen Übung abzuweichen?

Seitens der Vertreter der vier Bergarbeiterverbände wurde erwidert, daß ihnen diese Erklärung von Dr. Stryap nicht gemacht worden sei. Wäre sie gemacht worden, so hätten sich die Bergarbeiterverbände entschieden dagegen gewandt und dagegen wehren müssen, weil sie bedeutete, daß ein großer Teil der Arbeiter von der Lohnerhöhung ausgeschlossen würde. Die Unternehmervertreter brachten zum Ausdruck, daß der Standpunkt der Bergarbeiterverbände eine Lohnerhöhung über den Schiedspruch hinaus bedeute, die zu zahlen sie nicht verpflichtet und zu tragen auch nicht in der Lage wären. Außerdem laufe, so bemerkten sie weiter, wenn dem Standpunkt der Arbeitgeber Rechnung getragen würde, die Sache darauf hinaus, daß der Unternehmer dafür bestraft würde, wenn er mehr als den tariflichen Durchschnittslohn verdienen wolle, denn der Unternehmer müßte dann bei Lohnerhöhungen immer mehr zulegen, als er bei Innehaltung des tariflichen Durchschnittslohnes zulegen müßte. Würde der Standpunkt der Arbeitgebervertreter Geltung erlangen, so wäre der Unternehmer gezwungen, jedesmal das Gebot zu erfüllen, sofern über den tariflichen Durchschnittslohn verdient würde, um sich vor dieser Bestrafung zu schützen. Die Arbeitgebervertreter wären anscheinend der Meinung, daß die Unternehmer bei der Lohnerhöhung ein Geschäft machten. Das wäre irrig.

Seitens der Vertreter der Bergarbeiterverbände wurde erwidert, daß, wenn diesen Streikfällen der Sinn einer Bestrafung beigelegt werden soll, diese Bestrafung dann voll und ganz auf die Arbeiter zutreffen. Die Darlegung der Unternehmer zeigte mit begründeter Klarheit, daß sie den Nutzen der Akkordarbeit allein für sich beanspruchen. Der Arbeiter solle demnach keinen Nutzen von der mit der Akkordarbeit etwa verbundenen Mehrleistung haben. Die Voraussetzung des verdienten Lohnes gegenüber dem tariflichen Durchschnittslohn sei doch nur als Wirkung der Akkordarbeit zu beurteilen. Würde bei Geltung eines Gebotvertrages die Voraussetzung des Lohnes auf etwa eintretende Lohnerhöhungen angerechnet, so bedeute das praktisch, daß dem Arbeiter der Nutzen seines Fleißes vorenthalten würde. Nach der Logik der Unternehmervertreter ist das zweifellos eine Bestrafung für seinen bisherigen Fleiß. Bei dieser Sachlage, wenn so für den Arbeiter der Sinn der Akkordarbeit in sein Gegenteil gekehrt werden soll, einfallt für die Arbeiter jedes Interesse an der Beibehaltung der Akkordarbeit. Gegenüber dem Nutzen des Arbeiters in Form von höherem Lohn besche doch für den Unternehmer der Nutzen der größeren Produktivmenge. Die Stellung der Unternehmer bedeuete jedoch, daß sie zu der erhöhten Produktivmenge auch noch den daraus sich ergebenden höheren Lohn des Arbeiters für sich beanspruchen. Die Arbeitgebervertreter gaben der Meinung Ausdruck, daß darin gerade das Geschäft läge, wovon die Unternehmervertreter bereits gesprochen.

Die Zechenverbandsvertreter erklärten hierzu, daß in den Darlegungen der Arbeitgebervertreter so schwere Anschuldigungen enthalten seien, wie: „unreines Geschäft machen“, „unehrliche Handhabung des Tarifs“, „Handeln wider Treu und Glauben“ usw., daß sie angesichts dieser Anschuldigungen den Vorsitzenden ersuchten, getreuen zu verhandeln. Dem wurde stattgegeben.

Nach Rückkehr aus der Sonderverhandlung mit den Zechenverbandsvertretern teilte der Vorsitzende mit, daß diese nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß ihre Stellung der Erklärung Dr. Stryaps entspreche. Wenn die Arbeitgebervertreter anderer Meinung wären, so empfehlen sie denselben, zur Klärung der Frage sich an Dr. Stryap zu wenden. Für den Fall jedoch, daß eine Entscheidung im Sinne der Arbeitgebervertreter gefallt würde, hätten die Unternehmervertreter erklärt, daß sie dieser Entscheidung nicht nachkommen würden und es jedem Gehingearbeiter überlassen, seinen auf einer solchen Entscheidung beruhenden Anspruch am Gericht geltend zu machen. Meßlich erklärte bei dieser Situation, daß er sich veranlaßt fühlte, seinen Vorsitz niederzulegen.

Nach der von Meßlich mitgeteilten Erklärung der Unternehmervertreter muß festgestellt werden, daß sie im voraus erklären, sich einer unter einem unparteiischen Vorsitzenden getroffenen Entscheidung des Tarifausflußes nicht zu fügen für den Fall, daß diese Entscheidung ihrer Auffassung nicht entspricht. Diese Haltung bedeutet eine Sabotage der tariflichen Einrichtungen und ist kennzeichnend für den Unternehmerstandpunkt. Damit ist natürlich das letzte Wort in der Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Der Bergarbeiterverband im Saargebiet. Eine Revierkonferenz in Saarbrücken. — Der Kampf der Saarbergleute um bessere Arbeitsbedingungen.

Am 8. Februar fand in Saarbrücken eine Jahreskonferenz unseres Verbandes für das Saargebiet statt, die einen außerordentlich guten Verlauf nahm. Als Gast konnte zum ersten Male seit dem Jahre 1921 der Vorsitzende unseres Verbandes, Kamerad Gusemann, den Verhandlungen beiwohnen. Dieser war es für den Kameraden Gusemann nicht möglich, die Einreiseerlaubnis für das Saarrevier zu erhalten. Hoffentlich bedeutet das jetzige Entgegenkommen den Anfang eines auf gegüteter Grundlage beruhenden gegenseitigen freundschaftlichen Verkehrs zwischen den Inhabern der vollziehenden Gewalt in Frankreich und Deutschland.

Die Berichte der einzelnen Referenten über die Arbeit des vergangenen Jahres, die Leiden und Freuden des Verbandes und seiner Funktionäre im Saargebiet zeigten, daß unsere Organisation mit großer Tatkraft versucht hat, die Lebenslage der Saarbergleute auf einen möglichen hohen Stand zu bringen. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit tobt auch im Saargebiet mit allen seinen Bitterkeiten und Wirrnissen. Jeder Centim Lohnerhöhung mußte mit unerhörtem Druck und unter Einsetzung der größten Opfer geradezu erpreßt werden. Mitten im Wirbel der Kämpfe um die Anpassung des Lohnniveaus an die gesteigerten Lebenshaltungskosten und den Ausbau erträglicher sozialpolitischer Verhältnisse steht gegenwärtig der Bergarbeiterverband im Saarrevier. Der Kamerad Getherich mit seinem instruktiven Bericht über die materiellen Bewegungen der letzten Monate, der Kamerad Franck an der Spitze der im Massenbericht zutage tretenden Zahlen und der Kamerad Schwarz unter Hinweis auf unsere ökonomischen und sozialpolitischen Forderungen der Gegenwart und Zukunft, zeigten in

und kulturellen Strömungen, die sich im Rahmen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur des Saargebietes auswirken.

In der Diskussion zeigte es sich, daß unser Verband innerhalb der Bergarbeiter des Saargebietes eine feste Stütze gefunden hat. In den meisten Orten haben wir trotz der Hebe weltlicher und geistlicher Macht, haben einen Stamm Funktionäre, der auch in Zukunft unsere Organisation über alle Stürme hinweg zu endlichem Erfolg tragen wird.

Neben der Erledigung der rein organisatorischen Tätigkeit hatte die Konferenz vor allem zu dem im Saarbergbau ausgebrochenen Lohnkonflikt Stellung zu nehmen. Die auch im Saargebiet sich bemerkbar machende Verteuerung aller Lebenshaltungskosten wirkte sich auf das gesamte Wirtschaftsleben aus. Vom Juli 1923 bis Dezember 1924 stieg die Teuerung um 82 Prozent. Vom 1. Vierteljahr 1923 bis zum 1. Vierteljahr 1924 steigerte sich die Teuerung um 97 Prozent, während die Löhne nur um 50,5 Prozent erhöht wurden. Unsere Organisation leitete eine Lohnbewegung ein, die den Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten bringen sollte. Mit der Generaldirektion und dem Verwaltungsrat der Saargruben war eine Einigung nicht zu erzielen. Keufer getreud war ein Anspruch, den der Generaldirektor Maffinch bei diesen Verhandlungen fallen ließ. Er wies darauf hin, daß er des Sonntags in einem Bergmannsazarett die zu Besuch dort wohnenden Bergarbeiter in guter Kleidung, mit Krügen und Kravatten gesehen hätte. Das sei doch ein Beweis dafür, daß es den deutschen saarländischen Bergarbeitern sehr gut gehen müsse. (1)

Die Verhandlungen wurden dann in Paris unter Vorsitz des Arbeitsministers Godard und des Ministers für öffentliche Arbeiten, Pehtral, weitergeführt. Nach vier tägiger Verhandlung machte das französische Ministerium den Vorschlag, die Löhne für alle Vollarbeiter um 1,60 Fr. zu erhöhen. Damit sei den Saarbergarbeitern 0,50 Fr. mehr gegeben, als den französischen Bergleuten. Der Minister gab die Erklärung ab, bei steigender Teuerung dieselbe durch weitere Lohnerhöhungen auszugleichen.

Zu dem Endergebnis in der Lohnfrage, 1,60 Fr. für alle Vollarbeiter, erklärten die Arbeitervertreter, dieser geringen Erhöhung nicht zustimmen zu können, die Annahme oder Ablehnung den zuständigen Konferenzen zu überlassen, denen ein objektiver Bericht über die Verhandlungen erstattet werde.

Die Betriebsrätewahlen

Stehen bevor! Denkt an die Vorbereitung derselben. Nühet die Zeit! Auf zum Kampf gegen die Sozialreaktion! Auf zum Kampf für den Fortschritt und

Ausbau des Arbeiterrechts

Ueber dieses Ergebnis erstattete Kamerad Schwarz Bericht. Er machte der Konferenz den Vorschlag, das ungenügende Angebot der letzten Instanz, des französischen Ministeriums, tariflich festzuhalten und auf Grund der bereits im Januar 1925 um 8 Punkte gestiegenen Teuerung, welche im Februar nicht geringer wird, gestützt auf das Versprechen des Ministers, eine neue Lohnforderung zu stellen. Diese Dankengänge wurden in einer Entschliessung festgelegt, welche vom Kameraden Schwarz zur Annahme empfohlen wurde.

In der Aussprache beteiligten sich 14 Diskussionsredner. Alle Redner lehnten das Lohnangebot als zu gering ab. Ein Teil redete zum Streik, um eine größere Erhöhung zu erzwingen. Ein anderer Teil glaubte, durch neue Verhandlungen dasselbe Ziel zu erreichen. Lebhaftige Fragen wurden über Bedingereduzierung und willkürliche Behandlung durch die Ingenieure vorgebracht. Besonders wurde das Antreibesystem verurteilt.

In der Diskussion sprach auch Kamerad Gusemann, der die Grüße des Hauptvorstandes überbrachte. Er empfahl der Konferenz, die vorgelegte Entschliessung anzunehmen.

Zu geheimer, namentlicher Abstimmung wurde dann über Streik oder Nichtstreik abgestimmt. Von 153 Delegierten stimmten 102 gegen Streik, 49 dafür und 2 enthielten sich der Stimme. Die Entschliessung der Bezirksleitung wurde dann einstimmig angenommen.

Ueber die Sozialpolitik im Saargebiet

machte Kamerad Schwarz Ausführungen, die auch für die Kameraden im übrigen Deutschland von Interesse sind. In seinem Bericht heißt es: „Die Sozialpolitik des Saargebietes steht ebenfalls hinter dem armen Deutschland zurück. Während nach 25 Dienstjahren im deutschen Reichsknappschaftsbereine ein Knappschaftspensionär mehr als 3000 Fr. jährlich erhält, bekommt er im Saargebiet 995 Fr. Das ist noch nicht einmal der dritte Teil. Unfall- und Invalidenversicherung stehen in demselben Verhältnis. Selbst der Präsident der Regierung, Herr Kaull, hat eingesehen, daß etwas geschehen mußte und daher das Jahr 1924 als das sozialpolitische Jahr bezeichnet. Doch die Zeiten stehen in keinem Verhältnis zu den Worten, da von den 13.000 Pensionären und 10.000 Witwen des Saarbrücker Knappschaftsbereins mehr als 15.000 von der Regierung aus Staatsmitteln unterstützt werden mußten. Wir müssen verlangen, wenn der Arbeiter ein Menschenalter 10 Prozent seines Einkommens als Beitrag zu einer Knappschaftskasse zahlt, er bei Arbeitsunfähigkeit nicht auf Armenunterstützung angewiesen ist. Von dem Knappschaftsgehalt erwarten wir die Aufnahme unserer Forderungen, besonders die Leistungen gesetzlich zu verankern. Die geringe Erhöhung von 20 und 10 Fr. pro Monat für Pensionäre und Witwen bedingt die beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes, welches eine weitere Erhöhung der unzureichenden Bezüge bringen muß.“

Es ist uns gelungen, in der Frage des Krankengeldes den verbesserten früheren Zustand wiederherzustellen. Die Erhöhung der Invalidenrente ab 1. Januar um 18 Fr. ist ebenfalls ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Die Unfall-Drittelnsgrenze wurde mit Rücksicht auf die Unternehmerinteressen auf die Hälfte im Vergleich zur Vorkriegszeit festgesetzt. Alles in allem ein klägliches Resultat im „sozialen Jahr“ der Regierung. In bezug auf das Arbeitsrecht hat sich seit Ende des Krieges überhaupt noch nichts geändert. Im Bergbau Sicherheitsmänner nach dem Gesetz der preußischen Junker von 1908, Schlichtungsstellen nach dem militärischen Disziplinargesetz. Der einzige Versuch der Regierungskommission auf dem Gebiete des Arbeitsrechts ist der Arbeitskammerentwurf. Wilhelm der Letzte hat im Jahre 1899 Arbeiterkammern verprochen. Er ist 1918 fortgegangen, ohne sein Versprechen erfüllt zu haben. Herr Kaull hat vor vier Jahren dasselbe Versprechen gemacht. Es besteht Aussicht, daß dasselbe schon nach „fünf Jahren“ erfüllt wird.“

Von der Konferenz wurde eine Entschliessung angenommen, in der die sozialpolitischen Forderungen der freigeberwirtschaftlich organisierten Bergleute nochmals festgelegt wurden.

begünstigen, daß diese Entschliessung ebenso gut auch auf die Zustände in anderen deutschen Revieren zugeschnitten ist. Diese Entschliessung hat folgenden Inhalt:

„Die am 8. Februar tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands protestiert entschieden gegen die von den einzelnen Grubenverwaltungen in den Monaten Januar und Februar vorgenommenen Gehingelöhnerhöhungen. Dadurch werden die jetzt geltenden niedrigen Löhne im Saarbergbau noch weiter herabgedrückt. Gleichzeitig wird durch diese Maßnahme die letzte, völlig ungenügende Lohnerhöhung wieder nichtig gemacht.“

Die Konferenz stellt ferner mit Entschliessung fest, daß die Behandlung der Bergarbeiter durch einzelne französische Ingenieure und deutsche Beamten auf den Gruben jedem sozialen Empfinden Hohn spricht. Das provokatorische Auftreten der leitenden Grubenbeamten und das immer wieder Arbeiter ohne Angabe der Gründe entlassen werden. Kein Arbeiter ist zurzeit bei der Einfahrt sicher, ob er nicht — trotz schwerer, mühevoller und pflichtbewusster Arbeit — nach der Ausfahrt infolge eines Spitzelberichtes fristlos entlassen wird.

Die Konferenz beauftragt die Bezirksleitung, mit allen Mitteln auf die Abstellung dieser im „sozialen Jahr 1925“ unwürdigen Arbeitsverhältnisse hinzuwirken.“

Mit einem brausenden Hoch auf den Verband wurde die Konferenz, die von 153 Delegierten und einer großen Anzahl als Gäste anwesenden Verbandsmitglieder besucht war, geschlossen. Unseren Kameraden im Saargebiet rufen wir ein herzliches „Gutdau!“ zu und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Saarbergleute bald wieder in enger Gemeinschaft mit den übrigen Bergarbeitern Deutschlands für die Interessen des Arbeiterstandes kämpfen können.

Arbeitsrecht. Ueberweisung an die Erwerbslosenfürsorge gilt nicht als Arbeitsunterbrechung.

In Nr. 46 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 15. November 1921 brachten wir einen Artikel der Spruchkammer Linien des Bergwerbergerichts Dortmund gegen die Zeche Preußen, wonach die Ueberweisung an die Erwerbslosenfürsorge nicht als Unterbrechung der Berufsarbeit im Sinne des § 4 des Tarifvertrages anzusehen ist. Auf denselben Standpunkt hat sich das Bergwerbergericht Dortmund, Spruchkammer IV (Dortmund) in seiner Sitzung vom 30. Dezember 1921 gegen die Deutsch-Burgundische Bergwerks- und Hütten-W.G. gestellt. Zwei Arbeitern betreffend, die im November 1923, bei der Stilllegung des Betriebes, der Erwerbslosenfürsorge überwiesen und im April 1924 wieder eingestellt wurden, verteilte die Gesellschaft den ihnen zustehenden Urlaub. Die Kläger beanspruchten denselben bezw. dessen Abgeltung und verteten sich darauf, daß sie während der Zwischenzeit keinerlei Berufsarbeit verrichtet hätten. Das Gericht entschied dann zugunsten der beiden Kläger und wies in der Urteilsbegründung darauf hin, daß die Kläger infolge der Stilllegung der Zeche ohne ihr Verschulden erwerbslos geworden sind. Unter den obwaltenden Verhältnissen waren sie nicht in der Lage, anderweitig Bergmannsarbeit zu finden. Die ohne Verschulden der Kläger eingetretene Arbeitspause hat das Gericht nicht als Unterbrechung der Bergarbeit im Sinne des § 4 Ziffer 2 des Tarifvertrages angesehen.

Wiedereinstellung nach fristloser Entlassung hebt die vorangegangene befristete Kündigung auf.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 31. Januar berichtet über einen vom „Vorwärts“ gebrachten, auch für die Bergarbeiter sehr interessanten Rechtsstreit. Einem Arbeiter wurde mit 14 tägiger Frist gekündigt. Während dieser Frist brach ein Streik aus und es erfolgte die fristlose Entlassung. Vor Ablauf der Normalkündigungsfrist war der Streik beendet und das Unternehmen stellte auch den zuerst befristet und dann fristlos entlassenen Arbeiter wieder ein. Als dann die 14 tägige Kündigungsfrist abgelaufen war, wurde der Arbeiter entlassen. Das Gericht stellte dann aber fest, daß gar keine Kündigung mehr vorlag. Die befristete Kündigung war durch die fristlose Entlassung aufgehoben und die fristlose Entlassung dagegen wiederum durch die Wiedereinstellung.

Knappschaftliches. Vorstandssitzung in der Ruhrknappschaft.

Der Vorstand der Ruhrknappschaft hielt am 12. Februar seine zweite Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der vorläufige Vorsitzende, Geheimrat Dr. Weidman, der Opfer des Grubenunglücks der Zeche Minister Stein. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt: Neuwahl des Vorsitzenden. In der ersten Vorstandssitzung am 8. Januar war es zu keiner Einigung über den Vorsitzenden gekommen, weil der bisherige Vorsitzende des vorläufigen Vorstandes, Geheimrat Dr. Weidman, abgelehnt hatte, eine eventuelle Neuwahl anzunehmen. Die Arbeitgebervertreter hatten sich auf den Kameraden Viktor geeinigt und die Werkvertreter schlugen Wiskott vor. Bei der Auszählung der abgegebenen Stimmen stellte sich heraus, daß Stimmengleichheit vorhanden war (15 zu 15). Die Wahl muß deshalb wiederholt werden. Der Alterspräsident, Geheimrat Dr. Weidman, wurde nun beauftragt, die nächste Sitzung einzuberufen. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden ihre Erledigung unter dem Vorsitz des nächstältesten Vorstandsmitgliedes. Die zur Tagesordnung stehende Feststellung einer Wahlordnung und Feststellung einer Geschäftsordnung für das Jahr 1925 ist in der Form, wie der vorbereitende Ausschuß sie vorgelegt hatte, angenommen worden. Des weiteren ist die Wahl der notwendigen Ausschüsse für den Vorstand und die Ausschüsse der einzelnen Geschäftsbezirke getätigt worden. Da nur eine gemeinsame Vorschlagsliste von Werkvertreterseite, vom Verband und dem christlichen Gewerbetreibe vorlag, galt diese ohne Wahl als angenommen.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Wiedereinsetzung der Erwerbslosen und ihre Pensionistenmitgliedschaft ist beschlossen worden, sämtlichen Erwerbslosen von Oktober und November 1923 Gelegenheit zur Nachzahlung der Anerkennungsgebühren bis zum 31. März 1925 zu gewähren, d. h. also sämtlichen Pensionistenmitgliedern, die in dieser Zeit erwerbslos geworden sind und ihre Ansprüche nicht durch Zahlung von Feiertagsentgelt aufrecht erhalten haben, ist die Möglichkeit gegeben, diese bis zum 31. März 1925 nachzuholen. Es liegt hierin für die feinerzeit erwerbslos gewordenen und bis jetzt noch nicht wieder angelegten Bergleute ein großer Vorteil. Des weiteren wurde noch beschlossen, einen vorliegenden Antrag auf Herabsetzung der Beiträge auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Amol
Karmelitergelee
Beliebtes Haus- und Einreibemittel
In Apotheken und Drogerien erhältlich

Arme Unternehmer - reiche Arbeiter.

Veranlaßt durch die grenzenlose Not der arbeitenden Bevölkerung, veröffentlichte Ende Januar die katholischen Geistlichen der Diözese Dorfer Dekanate einen Aufruf an die Unternehmer, worin sie die Arbeiter ersuchten, die übermäßige Sonntagsarbeit einzuschränken und den Arbeitern Löhne zu zahlen, die für die einfachsten Lebensnotwendigkeiten ausreichen. Der Aufruf war eine wirklich soziale Tat, wenn man bedenkt, daß die Geistlichkeit aller Konfessionen selten gegen das schrankenlose Ausbeutungssystem der „Vrotgeber“ etwas einzuwenden hat. Sie ist es ja gerade, die dem Arbeiter Demut und Bedürfnislosigkeit predigt und ihn auf die Belohnung im Himmel verweist, während sie sonst beide Augen zudrückt, wenn die Ausbeuter schon die Erde als ihren Himmel betrachten. So sind auch die Diözesanräte katholischer Geistlichen mit ihren Ermahnungen an die unrechte Schmiebe gekommen, denn ihnen wird jetzt von Unternehmerseite eine Antwort zuteil, die an hergesenkter Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und gleichzeitig die unsichere Denkwiese unserer Unternehmer bengalisch beleuchtet.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 35 vom 11. Februar), das Leitblatt der mit sozialen Sünden überladenen rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, veröffentlicht nämlich eine Zuschrift „von katholischer Seite“, die den katholischen Unterzeichnern des Aufrufs folgendes zu verstehen gibt:

„Die Sonntagsruhe beruht nicht auf einem göttlichen Gebot, sondern auf einem Kirchengesetz. Der Kirche steht es daher auch jederzeit frei, wenn sie es für richtig hält, das Gebot der Sonntagsruhe einzuschränken oder gar aufzuheben. Uebrigens geht auch die neuzeitliche Erweiterung der Sonntagsruhe in Deutschland auf staatliche Initiative zurück, die allerdings weitgehende Unterstützung von kirchlicher Seite gefunden hat. Die treibenden Kräfte waren sozialpolitische, nicht religiöse Erwägungen; man darf es überhaupt bezweifeln, ob die scharfe Konzentrierung der wöchentlichen Arbeitsruhe auf den Sonntag den religiösen Interessen zuzugute gekommen ist. Das Treiben an Sonntagen erinnert, gelinde gesagt, oft recht wenig an den „Tag des Herrn“ und dient sicher nicht der religiösen Vertiefung.“

Was heißt das, „gelinde gesagt“? Die Sonntagsruhe ist ein überflüssiges Geschenk des Staates an die Arbeiter; die es gar nicht zu würdigen wissen, denn statt sich zu erholen und in die Kirche zu gehen, verdröseln sie den „Tag des Herrn“ mit Saufereien und ähnlichen Lastern. Darum wäre es notwendig, die Sonntagsruhe völlig aufzuheben, damit die Arbeiter nicht in Versuchung fallen. Das ist die richtige Ueberzeugung der Gedankenängstler jener „katholischen Seite“, die es überhaupt nicht verstehen kann, warum die Kirche die Sonntagsruhe propagiert und so dem sündhaften Treiben der Arbeiter Vorstoß leistet. „Sechs Tage sollst du arbeiten und am siebenten Ueberstunden machen!“ So und nicht anders müßte das dritte Gebot lauten.

Dann läßt die „katholische Seite“ folgendes Lament über die schwere Not und die lange Arbeitszeit der Unternehmer vom Stapel:

„Der Druck der Verhältnisse lastet unergleichlich schwerer auf den Arbeitgebern wie auf den Arbeitnehmern. Den Arbeitgebern verläßt die Sorge um die harte Gegenwart und um die dunkle Zukunft keinen Augenblick; seine Arbeitszeit ist gesetzlich nicht begrenzt und seine Arbeitspensum findet eine Schranke nur in seiner physischen und geistigen Leistungsfähigkeit. Wie viele Arbeitergeber mag es wohl geben, die sich wöchentlich eine Ruhepause gönnen können, wie sie jedem Arbeitnehmer garantiert ist? Zumal in den Kreisen der kleineren Unternehmer sind manche durch die Verhältnisse gezwungen, an ihrer Arbeitskraft Raubbau zu treiben. Ein Fremder, der von den Verhältnissen in Deutschland keine Ahnung hat, würde aus dem Aufruf nur herauslesen können, daß bei uns ein einseitiger Notstand der Arbeiterbevölkerung besteht. Wie würde er aber auf den Gedanken kommen können, daß ein nationales Unglück der beispiellos schweren - der Verlust eines vierjährigen Krieges und über sechs Jahre unerbittlicher Bedrückung - das ganze deutsche Volk getroffen hat, daß Deutschland auch nicht amähernd die Hälfte seines Nationalvermögens durch die Katastrophe hindurch gerettet hat, daß vor allem fast restlos das Betriebskapital der Privatwirtschaft verloren ist. Nichts von alledem ist in dem Aufruf auch nur angedeutet, auch nichts von der Tatsache, daß große Teile des deutschen Mittelstandes vollständig verelendet und am schlimmsten von der Katastrophe getroffen sind. Die Tragödie dieser auch von kirchlicher Seite nicht durch Aufmerksamkeit verwöhnten Bevölkerungsschicht ist einer der dunkelsten Punkte der schwarzen rot-goldenen Mera.“

Die Armut unserer Kapitalisten kennt wirklich keine Grenzen. Davon zeugen ihre ausgemergelten Gestalten, ihre schwelgenden Hände, ihre eingefallenen Wangen, ihre schwindelichtigen Frauen, ihre unterernährten Kinder. Sie haben kein Geld am Leibe, in schliefen, zerlumpte Trittschne wandeln sie hienieden, sie laufen in dumpfen, engen Löhren, keine Erholung winkt ihnen auf diesem Jammerdal, sie müssen schuften und radern Tag und Nacht, mit Weitschweifigen werden sie abgepeitelt, zerfetzt, gerissen fallen sie zu Tausenden auf dem Schlachtfeld der Arbeit. Niemand tröftet sie mit seinem Mitleid, keiner erbarmt sich ihrer schweren Not, Salz und Pfeffer streut man noch in ihre schwelenden Wunden. O Gott, o Gott! Dann dieses namenlose Unrecht, das ihnen seitens der Kirche widerfährt: statt für die armen Unternehmer Kollekte zu veranstalten und den Kelchgebeutel zu schwingen, hilft sie den reichen, faulenzenden Arbeitern, die während der Inflation unermessliche Schätze gehemskert, die dank der schwarz-rot-goldenen Mera eine Milliarde als Ruhestückung und zwei Milliarden an Lohnsicherung eingefackt, obendrein sich vor den Steuern gedrückt haben! Ist das eine Gerechtigkeit?

Wie kommt es aber, daß unter den Opfern der entsetzlichen Grubenkatastrophe auf Minister Stein sich kein einziger der armen, ausgebeuteten Unternehmer befindet? V. K.

Jahreskonferenz des Bezirks Herborn.

Die Jahreskonferenz des Bezirks Herborn tagte am 8. Februar im Gewerkschaftshaus zu Siegen. Die Bezirksleitung hatte auf Grund des § 46 Ziffer 1 des Verbandsstatuts zu einer Delegiertenkonferenz eingeladen. Es galt, den Delegierten über die Tätigkeit der Bezirksleitung Bericht zu erstatten. Dem Bericht des Bezirksleiters Weder ist folgendes zu entnehmen:

Sehr viel Arbeit nahm die Lohnverhandlung im vergangenen Jahre in Anspruch. Die gezahlten Löhne sind äußerst minimal und die niedrigsten in allen Bergbaureviere. Das Jahr 1924 hat nicht das gehalten, was die Bezirksleitung erhofft hatte. Nach Mitteilung der Arbeitgeber sei im ersten Halbjahr nicht ganz eine halbe Million Tonnen abgesetzt worden, für das ganze Jahr ungefähr eine Million Tonnen; die zum größten Teil von den vorhandenen Beständen genommen sei. Gemessen an der Vorkriegsproduktion im jetzigen Gebietsumfang des deutschen Reiches (7 1/2 Mill. T.), wurden im Bezirk Herborn, im Siegerland, Lahn- und Dillgebiet (einschließlich Oberhessen) 3,8 Mill. T. Eisen- und Brauneisenerze, also mehr als die Hälfte der gesamten Förderung, produziert. In der Vorkriegszeit wurden für oben genanntes Gebiet, soweit Eisenerze in Betracht kommt, seitens der Eisenbahn ganz erhebliche Tarifiermäßigungen zugestanden. Damals betrug der Frachtsatz für das Tonnenkilometer 1 1/2 Pfennig. Unmittelbar vor dem Kriege schwebten Preisverhandlungen mit dem Ziel, diesen Satz auf 1 Pf. herabzusetzen. Die Verwaltung der Reichseisenbahn hat sich geweigert, die Vorkriegstariife wieder einzuführen. Daraufhin wurde im Hauptauschuß des Reichstages ein Antrag eingebracht, die Reichseisenbahnverwaltung vor das vorgesehene Schiedsgericht zu bringen; so könne es unter keinen Umständen weiter gehen.

Bezirksleiter Weder gab den Kassenbericht. Auf Antrag der Revierfrauen wurde dem Bezirksleiter Entlastung erteilt. Gleichfalls berichtete Weder über Rechtschutz sowie Knappschaftliches und empfahl den Delegierten am Schlusse seiner Ausführungen die Einführung eines Bezirksbeitrages von 10 Pf. pro Woche. Ein diesbezüglicher Antrag fand noch längerer Diskussion die Zustimmung der Delegierten, jedoch

ber einzelnen Reviere erörtert werden und mit dem 1. April d. J. zur Einführung gelangen.

Ueber Agitation und Organisation verbreitete sich in kurzen Ausführungen Kamerad Holm.

In der Diskussion ging das Vorstandsmitglied Waldbecker näher auf die gegebenen Berichte ein. Was denselben könne man die Trostlosigkeit der Lage des Eisenleimarktes im Lahn- und Dillgebiet entnehmen. Dem hinführenden Eisenerzbergbau müsse durch Frachtermäßigung möglichst schnell geholfen werden. Wenn die Reichseisenbahn nicht dazu übergehe, anstatt losse Verhandlungen zu veranstalten, endlich die nüchternen Tatsachen reden zu lassen, würde dem Erzbergbau im Lahn- und Dillgebiet sowie in Oberhessen nicht mehr auf die Beine gehalten werden können. Im Siegerland scheine sich jetzt endlich eine Besserung bemerkbar zu machen. Nach den Berichten der Tagespresse ständen von den vorhandenen 35 Hochöfen 17 im Feuer. Die Entlastung weiterer Öfen sei in Aussicht genommen. Im großen und ganzen könne man sagen, daß die Siegerländer Eisenerzindustrie zwar noch weiterer Erholungen bedürftig sei, daß aber der Gefühlsprozess eingeleitet habe und Aussichten auf weitere Fortschritte in diesem Jahre zulasse.

Kamerad Weder schloß die Konferenz, indem er seiner Freude Ausdruck verlieh, daß die Konferenz trotz der mißlichen Lage von einem guten Geist befeelt gewesen sei.

Uebersichten.

Nach Hunderttausenden zählen die Freierichteten, die in den letzten Wochen allein im Ruhrgebiet eingeleitet wurden. Zehntausende von Bergleuten sind noch arbeitslos. Und trotzdem wurden eine Menge Uebersichten verfahren!

Jede Uebersicht ist ein Verbrechen gegen die arbeitslosen Kameraden, aber sie ist auch eine Dummheit der betreffenden Kameraden, die sich gegen sie selbst und ihre Familie richtet!

Noch immer hat der Unternehmer Uebersichten als Mittel zum Lohndruck angesehen und sie deshalb gern gehabt. Für den Arbeiter sollte es aber selbstverständlich sein, sich auch nicht durch die Not zu solcher Dummheit verleiten zu lassen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Unsere Toten.

Langendreer 1. Karl von der Wiebe †. Wieder ist einer unserer ganz Alten, Treuen den Weg gegangen, von dem es keine Wiederkehr gibt. Am 3. Februar ist Karl v. d. Wiebe nach langer Krankheit im Alter von 64 Jahren gestorben. Er gehörte seit 1891 dem Verbandsrat an und stand immer in der vordersten Reihe der Kämpfer für den Verband. Wegen seines Eintretens für die Organisation hat er manche Mahnung erdulden müssen. Doch niemals ließ er den Mut sinken und beugte sich nicht vor dem Unternehmertum. Auch in der Nachkriegszeit, als es Mut erheischte, bei den eigenen Klassenossen seine Ueberzeugung zu vertreten, war es sein mutiges Eintreten für die Organisation, an dem sich mancher, der schon verzagen wollte, wieder aufrichtete und wieder Kämpfer wurde. Schon rang er mit dem Allgewaltigen Tod und immer noch war sein einziger Gedanke die Organisation. Das jüngste Mitglied der Zählstelle hat er auf dem Sterbelager noch für uns gewonnen. Karl v. d. Wiebe ist nicht mehr! Wir aber wollen geloben, ihr zum Vorbild zu nehmen, wenn im Kampf uns Zweifel beschleichen wollen, uns an seinem Mut und an seiner Treue immer wieder aufzurichten.

Zählstelle Bericht. Ein Opfer seines Berufes wurde der Kamerad Johann Korte. Er kam am 4. Februar während der Morgenschicht auf Zeche Westerkamp unter hereinbrechendes Gestein und starb an Verblutung. Leider konnte die für ihn geplante Zubeisfeier der Zählstelle Bericht nicht ausgeführt werden. Kamerad Korte war am 1. Februar d. J. ununterbrochen 25 Jahre Mitglied des Bergarbeiterverbandes und hat lange Jahre als unermüdlicher Agitator und Unterstärker gearbeitet. Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren!

Die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe.

In der ersten Februarwoche hat sich die Gesamtlage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe nach den Berichten der örtlichen Arbeitsnachweise nicht wesentlich geändert. Soweit in den einzelnen Berufsgruppen Veränderungen irgendwelcher Art festgestellt werden, deuten sie auf leichte Besserung. Das Bild ist aber durchaus nicht einheitlich. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau hat sich die Arbeitsmarktlage gegenüber der Vormoche nicht wesentlich verändert. Sie ist nach wie vor uneinheitlich. Während auf der einen Seite die Zahl der freien, die Bedarf an Bergarbeitern haben, zunimmt, greift die Stilllegungstriebe des südlichen Randbezirks auf der anderen Seite weiter um sich und erfährt bereits nördlicher gelegene Schächtanlagen. Dadurch wird das Problem der Umstellung der im südlichen Randbezirk erwerbslos gewordenen Bergarbeiter in die aufnahmefähigen Gebiete des Nordens immer dringlicher. Zwar wird durch die neuerdings erfolgte Bereitstellung von 700 Siedlungswohnungen zu Umstellungszwecken eine wesentliche Erleichterung für das südliche Randgebiet geschaffen. Jedoch reicht diese Zahl bei weitem nicht aus, um die Umsiedlungsfrage restlos zu lösen. Die Abfahrverhältnisse sind weiter recht ungünstig, so daß die Zahl der Freierichteten eine weitere Vermehrung gegenüber der Vormoche erfahren hat. Sie betrug in der Woche vom 26. Januar bis zum 1. Februar 85 574 Schichten in 63 Fällen.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Betriebsrateneuwahlen.

Sieg der freien Gewerkschaften.

Den Reigen für die diesjährigen vorzunehmenden Betriebsratwahlen hat die ca. 700 Mann starke Belegschaft der Kokerei der Gewerkschaft Friedrich-Thyssen in Weiblich mit einem schönen Erfolge für die freien Gewerkschaften eröffnet. Es haben erhalten:

- Freie Gewerkschaften... 225 Stimmen und 4 Sitze.
 - Christliche Gewerkschaften... 177 Stimmen und 3 Sitze.
 - Polnische Berufsvereinigung... 88 Stimmen und 1 Sitz.
- Im Jahre 1924 hatten erhalten:
- Union... 259 Stimmen und 4 Sitze.
 - Polnische Berufsvereinigung... 119 Stimmen und 2 Sitze.
 - Freie Gewerkschaften... 73 Stimmen und 1 Sitz.
 - Christliche Gewerkschaften... 85 Stimmen und 1 Sitz.

Die freien Gewerkschaften, die im vergangenen Jahre an letzter Stelle standen, sind diesmal an die erste Stelle gerückt, ein Beweis, daß das Vertrauen wieder zu ihnen zurückgekehrt ist. Sehr bemerkenswert ist, daß die Union, die 1924 noch an der Spitze marschierte, diesmal vollständig verschwand. Der Sieg der freien Gewerkschaften ist vor allen Dingen der Einsicht der Wähler und der Arbeit unserer Funktionäre zu verdanken. Dieses gute Ergebnis auf Friedrich-Thyssen muß nun ein Ansporn für alle anderen Schächtanlagen sein.

Bergarbeiterversammlungen in der „wilden Gde“.

Der kommunistisch-unionistische Spul verfliegt immer mehr. Das Niederbrücken der „reformistischen“ Gewerkschaftsführer hört immer mehr

born-Vendhausen zu einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung nach dem Volat Strlingmann eingeladen. Die Versammlung nahm einen sehr ruhigen Verlauf, was ein Beweis dafür ist, daß auch die Bergarbeiter es leid sind, sich weiter mit kommunistischen Phrasen füttern zu lassen. Nachdem Kamerad Trautmann im Verlauf seiner Ausführungen die Notwendigkeit einer starken geschlossenen Organisation darlegte und die Unorganisierten als Bundesgenossen der Unternehmer gegen die vorwärtsstreibenden Arbeiter kennzeichnete, konnten es sich einige dieser Musterexemplare nicht verkneipen, in der Diskussion sich zum Wort zu melden und ihr Verhalten zu rechtfertigen. Waren es doch ehemalige kommunistisch-unionistische „Arbeiterführer“, die ihre Handlungsweise mit dem angeblichen Verrat der Gewerkschaftsbureauskraten zu rechtfertigen versuchten. Daß die antworbenden Kommunisten in daselbe Horn bliesen, ist eine Selbstverständlichkeit, worüber man nicht weiter zu sprechen braucht. In der Diskussion, an der sich zehn Reformer beteiligten, wandte sich keiner von dieser Seite gegen das Unternehmertum, sondern nur gegen die Verbandsleitung. Der Schluß der Diskussion brachte die Versammlung eine erfreuliche Klarheit, welche die eigentlichen Schattlinge der Arbeiterbewegung sind und das Unternehmertum im Kampf gegen die Arbeiter stärkt. Der ehemalige Unionist und Kommunist Engisch, heute unorganisiert, bewies seinem ehemaligen kommunistischen Freund Trautmann, daß an der Besserspaltung und Schwächung der Arbeiterkraft, auch an der Vernichtung der Union, die KPD mit ihrer Fraktionspolitik schuld sei. Dem Referenten erwiderte er, daß nicht, wie der Referent angegeben, die Union 16 000, sondern nur noch 4000 zahlende Mitglieder in ganz Deutschland hätte. Die KPD habe die Union von über 100 000 auf nur noch 4000 Mitglieder herabgewirtschaftet. Die Bergarbeiter ersehen daraus, daß diejenigen, die sich unter das kommunistische Joch begeben, darunter zusammenbrechen. Der nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten von der Versammlung gespendete Beifall zeigte, daß nicht nur der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hat, sondern daß auch den Kommunisten die Felle fortschwimmen.

Von drei von der Versammlung eingebrachten Entschliessungen; die alle kommunistische Forderungen enthielten, wurde die vom Referenten eingebrachte nachstehende Entschliessung gegen zwei Stimmen angenommen. Bemerk sei noch, daß vor Schluß der Versammlung fast niemand die gut besuchte Versammlung verlassen hat.

Die im Volat Strlingmann in Somborn tagende öffentliche Bergarbeiterversammlung vom 8. Februar nimmt von dem in der Mehrheitsfrage gefällten Schiedspruch vom 5. Februar Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, daß die Verbandsleitung denselben ablehnt. Sie erwartet vom Reichsarbeitsminister, daß er die etwa zu beantragende Verbindlichkeitsklärung nicht auspricht. Die Versammlung stellt sich voll und ganz hinter die von den Verhandlungsleitern gestellten Forderungen. Sie ist sich ferner bewußt, daß zur Durchsetzung von Forderungen eine starke Organisation die erste Vorbedingung ist. Die Versammlung verpflichtet sich, für die Stärkung des Bergarbeiterverbandes einzutreten, bezüglichen, daß bei der Betriebsratwahl nur die Liste des Bergarbeiterverbandes gewählt wird.

Nachdem die öffentliche Versammlung in Lohberg a. G. sprach in der Turnhalle Kamerad Schudy-Völkum. In der Diskussion sprachen ein Angehöriger des christlichen Gewerkschafts, zwei Kommunisten, zwei vom S.-D. Gewerkschaften und ein Unorganisierte. Der Referent kennzeichnete die Taktik der Kommunisten, die darin auslaufe, jeden Organisationsgedanken bei der Masse zu erlösen. Man gewinne die Unorganisierten nicht durch blöde Beschimpfungen der Organisation. Erhebeten wirkte es, als dann ein kommunistischer Kandidat sich ehrlich bemühte, genau so zu handeln. Er las seine Phrasen aus einem Notizbuch vor, was er schon oft getan, so wortgetreu in Reihenfolge, daß einige Verbände schon vorher sagen konnten, was jetzt kommt. Wir leidet nur zu oft, waren die Diskussionen nur Beifallschreien. Ein Verbänder, der das nicht tat, wurde durch Zwischenrufe gestört. Einen kräftigen Witz leistete sich ein Kirch-Dunderscher; der sagte, daß die Gründung des Bergarbeiterverbandes die erste Besserspaltung der Bergarbeiter gewesen sei.

Getreu dem Grundsatz, daß jeder, der dem Volke helfen wolle, auch den Mund beugen müsse, Wahrheiten auszusprechen, die nicht gern gehört werden, verabschiedete der Referent manch bittere Bisse. Hier und da schrien, getroffene Häupter auf, doch war der Verlauf der Versammlung so, daß die Kameraden unserer Ortsverwaltung erklärten konnten, es sei dies die erste vernünftige Versammlung in Lohberg seit der Revolution gewesen. Woher selbst in der wilden Gde hält die Verunft? Einkehr? Charakteristisch war es aber noch, daß sich in der Lohberger Versammlung ein Unorganisierte in schimpflicher Form gegen die Organisation aussprechen durfte, ohne die Empörung der Versammelten zu finden. Dieser braucht wirklich keine Organisation, sein Auftreten ist eine reichliche Belohnung durch die Reaktion wert. Solchen Verrat an der eigenen Klasse belohnen diese Herren sehr gern.

Unionistische Betrümbel.

Das „Ahr-Echo“ vom 31. Januar brachte einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Belegschaft von Friedlicher Nachbar lehnt die 12-Stunden-Arbeitszeit ab.“ Die Bergarbeiterverbände-Betriebsräte für die verlängerte Arbeitszeit.“ Die ganze Aufmachung des Artikels strotzt von Unwahrheiten und ist nur angeht, die Vertreter des Verbandes bei den Kameraden zu verächtlichen. Es wird in dem Artikel u. a. behauptet, daß nur die Vertreter der Union das Ansuchen der Verwaltung, in der Brikettfabrik zwölf Stunden zu arbeiten, abgelehnt haben und in der stattgefundenen Belegschaftsversammlung die Betriebsräte des Bergarbeiterverbandes trotz besonderer Einladung gefehlt hätten. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Selbst kommunistische Belegschaftsmitglieder waren über so faulstibde Lügen entsetzt. Der unionistische Schmutzflut, der diesen Artikel geschrieben hat, ist über dieses Wissen gehandelt. Jetzt steht, daß in einer Gesamtbetriebsratsitzung das Ansuchen der Verwaltung einstimmig abgelehnt und der unionistische Betriebsratsvorsitzende W. a. f. beauftragt wurde, in der Versammlung den Bericht zu geben. Selbstverständlich haben auch die Betriebsräte vom Bergarbeiterverband an der Versammlung teilgenommen. Wenn der unionistische Schreiber nur glaubt, auf diese Art und Weise das Renommee der Union bei den Kampfs aufzupfeuern und den Verband damit an die Wand zu brücken, so irrt er gewaltig! Wir raten ihm und der Union, vor der eigenen Tür zu lehren, Dred genug ist dort vorhanden. Sollte man denselben nicht lehren, so werden wir in der nächsten Zeit zur Herbeischaffung desselben noch beflissen sein. Den Kameraden von Friedlicher Nachbar rufen wir aber zu: Seht euch vor der Waise die Leute an, denen ihr eure Stimme gebend wollt und sorgt dafür, daß nur die Liste des Bergarbeiterverbandes gewählt wird!

Notiz eines alten Invaliden vom Mühlberg Verein.

Welches Gericht ist zuständig? Allgemeines Näheres.

Der Mühlheimer Bergwerksverein hatte mit seinen Belegschaftsmitgliedern einen Vertrag abgeschlossen dahingehend, daß diejenigen Belegschaftsmitglieder, die zehn Jahre und länger ununterbrochen auf einer Schächtanlage des Mühlheimer Bergwerksvereins gearbeitet hatten und sich dann inвалиdieren ließen, bis zu ihrem Lebensende jährlich 68 Pfennig Hausbrandkohlen erhielten. Nach Abschluß des Tarifvertrages zwischen Bergarbeiterverbänden und Bergbaulichem Verein entzog der Mühlheimer Bergwerksverein seinen Invaliden die bis dahin gelieferten Kohlen. Der Invalide K., der ebenfalls ein Mitglied war bei dem M. B. V. in Arbeit gestanden hat und nur aus dem Grunde, um sich für die Zeit seiner Invalidisierung in Deputatkohlen zu sichern, die Arbeitsstelle nicht gewechselt hatte, gehörte auch mit zu den von dem Kohlenentzug Betroffenen. Nachdem er einige Male vergeblich persönlich seinen Anspruch bei der Direktion geltend gemacht hatte, freigte er Klage beim Landgericht in Duisburg mit dem Antrag, an die Belegschaft auf Erfüllung des in dem Vertrag eingegangenen Verpflichtung des Bergwerkes zu verurteilen. Das Landgericht Duisburg entschied zu

jährlich 9 Wagen Hausbrandkohlen bis zu seinem Tode zu liefern. Der M. B.-W. legte gegen dieses Urteil Berufung ein. Nachdem man in mehreren Terminen ergebnislos verhandelt hatte, ergebnislos deshalb, weil die Beklagte immer wieder mit neuen Schriftsätzen ankam, erklärte sich das Oberlandesgericht in Düsseldorf für unzuständig bzw. wies den Kläger ab mit der Begründung, daß es Sache der Berggewerbebehörde sei, in dieser Sache zu entscheiden. Die Spruchkammer Essen des Berggewerbegerichts, an das sich K. nunmehr wandte, lehnte den Klageantrag ab mit der Begründung, das Berggewerbegericht sei nicht zuständig. K. wandte sich nunmehr an das Landgericht Dortmund. Dieses wies die Sache an die Spruchkammer Essen des Berggewerbegerichts zurück und verlangte von dieser ein Urteil.

Am 28. Juli 1923 fällte das Berggewerbegericht ein Urteil dahingehend, daß es sich nicht für zuständig erklärte. Hiergegen legte K. Berufung ein am Landgericht in Dortmund. Hier liegt die Sache bereits 1 1/2 Jahr, ohne daß man etwas davon hört. Der Invalide K. steht so ungefähr am Ende seines Lebens, hat aber doch den Wunsch, vor seinem Tode zu erfahren, ob der M. B.-W. abgeschlossene Verträge einhalten muß oder nicht. Seine Verzweiflung, das Ende des Prozesses nicht mehr zu erleben, ist nicht ganz unbegründet. Fünf Jahre läuft der Prozeß schon. K. gestattete sich nunmehr die bescheidene Anfrage an das Landgericht in Dortmund, ob es nicht möglich sei, den Prozeß im Jahre 1925 zu einem endgültigen Abschluß zu bringen. Er kann es nicht verstehen, daß gelehrte Richter in einer so einfachen und klaren Angelegenheit Jahre brauchen, um zu einer Entscheidung zu kommen.

Für den M. B.-W. ist natürlich diese Angelegenheit auch kein Ruhmeskranz. Der Invalide K. ist, wie gesagt, nur einer von den vielen, die sich Jahrzehnte hindurch im Dienste der Familie Stinnes geplagt und gekümmert haben. Nun wo er alt und arbeitsunfähig geworden ist, verweigert man ihm sogar die vertraglich zustehenden Bezüge. Invaliden, die 20 Jahre und länger auf dem M. B.-W. ununterbrochen gearbeitet haben, die ein Gebensblatt als Treue für ihre 25jährige Dienstzeit erhalten haben, hat man die vertraglich zustehenden Brandkohlen entzogen. In einem Falle entzog man einem Invaliden, der 40 Jahre unterirdisch auf dem M. B.-W. gearbeitet hat, die Hausbrandkohlen, aber die Gerechtigkeit gebietet es, zu sagen, daß, nachdem dieser Invalide das Verdienstkreuz mit einem höchsten Schreiben zurückerlangt, man ihm jetzt die Brandkohlen wieder gewährt. Im übrigen entzieht der M. B.-W. allen Knappschaftsinvaliden, die zu gleicher Zeit Reichsinvaliden sind, die Hausbrandkohlen mit der Begründung, daß sie nicht bedürftig seien bzw. ein so hohes Einkommen hätten, daß sie sich die Kohlen kaufen könnten. Von dieser Maßnahme werden ca. 20 Prozent aller Invaliden betroffen, die auf dem M. B.-W. gearbeitet haben. Anscheinend legt die Familie Stinnes gar keinen Wert darauf, in den Verdacht der Humanität zu kommen. So rigoros, wie bei dieser Gesellschaft, sind bis jetzt die Invaliden noch nirgends behandelt worden.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Kommunistische Gewerkschaftstatistik.

Die Kommunisten behaupten seit einiger Zeit, daß die Einigung der Arbeiter in den freien Gewerkschaften zu ihrer Hauptaufgabe gehöre. Wie sie diese Aufgabe durchführen, soll folgender Vorfall dartun:

Der Betriebsrat der Grube Golpa hatte eine Betriebserversammlung einberufen, zu der, wie bekannt, außer den Vertretern der Tariforganisationen, Werkstunde keinen Zutritt haben. Zu dieser Versammlung war aber mit einer kleinen Anzahl erwerbsloser Kommunisten ein Vertreter der KPD-Agitation erschienen, denen die Teilnahme an der Versammlung auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nicht gestattet wurde. Anstatt nun der höflichen Aufforderung zum Verlassen der Versammlung Folge zu leisten, blieben die Moskauer Einigungsapostel demonstrierend da. Selbst als die Versammlung gegen 3 Stimmen ihre Entfernung beschloß, pfiffen die Herren auf den Massenwillen und blieben. Fortgesetzt betonten sie, nur hergekommen zu sein, um Gewerkschaftspolitik zu treiben. Der KPD-Agitation Rödel aus Bitterfeld wurde von der Versammlungsleitung gefragt, in welchem Verbands er organisiert sei, worauf er vor der ganzen Versammlung erklärte: „Selbstverständlich in einer freien Organisation, nämlich im Bauarbeiterverband.“ Weiterhin bemerkte er — sei doch bekannt, daß jeder Kommunist gewerkschaftlich organisiert sein müsse, wenn er nicht aus der Partei ausgeschlossen werden wolle; das müßte doch dem Versammlungsleiter aus den Reihen der 3. Internationalen genügend bekannt sein. Als alle Ueberredungskünste die Versammlungsleitung nicht erweichen konnten, meinte der KPD-Mann W.: „Ihr fürchtet Euch wohl vor unserem Redner? Wir hatten uns schon geeinigt, wenn sich Eurer Referent mit unserem Korreferenten gepakt hätte zu einer geistigen Auseinandersetzung über das Gewerkschaftsproblem.“

Dieser Vorgang hatte die Versammlung genügend über die kommunistische Gewerkschaftsstrategie aufgeklärt. Allgemeiner Unwille machte sich geltend. Aber auch zur Sprengung der Versammlung war Vorzeige getroffen, ein Zimmer war bereitgestellt für die „Opposition“. Das erwies sich als unnötig, denn an der Fraktionsversammlung beteiligten sich ganze drei Mann. Wir haben nun sofort Ermittlungen angestellt über die Organisationszugehörigkeit dieses ominösen „Korreferenten“ Rödel aus Bitterfeld. Zu unserer nicht geringen Ueberbahrung bestätigte der Baugewerksbund, daß Rödel dem Verbands nicht angehört. Der kommunistische Gewerkschaftsagitation Rödel hat also die Betriebsversammlung am 21. Januar in Golpa betrogen. Und ein solcher Mann, der noch nicht einmal freigewerkschaftlich organisiert ist, macht sich an, gewerkschaftliche Einheitspolitik zu treiben. Es sieht der

praktische Wert mit Ausschlußstrafen bedrohter kommunistischer „Weltbeschlüsse“ aus! Die eigenen Agitatoren pfeifen darauf. Die Versammlung hat den Herren vernünftigerweise keine Möglichkeit zur Verbreitung bolschewistischer Propaganda gegeben. Zukünftige Versammlungen werden sich solcher gelben Eindringlinge von vornherein zu erwehren wissen. Nicht nur in Golpa, sondern überall, wo sich die Handlanger des Kapitals bilden lassen sollten.

Aus dem Harzer Erzbergbau.

In Nr. 2 der „Bergarbeiter-Zeitung“ erschien ein Artikel aus Kameradentreiben, welcher sich mit den Löhnen des Harzes und mit dem am 16. Dezember gefällten Schiedspruch befaßt. Der betreffende Kamerad hat Recht, wenn er die kleinliche Berechnungsart der Schiedslohnfrage geteilt. In der Verhandlung über die Septemberzulage wiesen die Unternehmer darauf hin, daß es ihnen unmöglich sei, irgendwelche Lohnzulagen zu gewähren. Sie wollten aber aus freien Stücken größtmögliche Schiedslohnzulage nach oben abrunden, z. B. für den höchstentlohnenden Schiedslohn von 3,16 auf 3,20 Mk. Das wäre aber auch alles, was sie könnten. In der Folgezeit ist dieses auch durchgeführt. Als dann aber durch Schiedspruch der Lohn für die Schiedslohnarbeiter ab 1. September um 20 Pf. erhöht wurde, kam es ihnen gar nicht in den Sinn, ihre frühere Zulage auch wirklich zu halten. Und so kam es, daß anstatt auf den ausgerufenen Betrag von 3,20 Mk. die Zulage berechnet wurde, diese auf 3,16 Mk. aufgebaut wurde. Faktisch ist als tatsächliche der betreffenden Arbeiter nur eine Zulage von 16 Pf. gezahlt worden. Darüber brauchen sich doch aber die Harzer Kumpels nicht zu wundern, denn das sind die verblöhten kaufmännischen Grundzüge, welche bei der „Preußag“ mit virtuoser Meisterschaft gehandhabt werden. Den Harzer Kumpels graut vor diesen kaufmännischen Grundzügen.

Wenn aber dann in dem Artikel der betreffende Kamerad sich mit der von der Organisation ab 1. November eingeleiteten Aktion um Erhöhung der Löhne, Kampf gegen den beabsichtigten Abbau des Umlaubs, Verbesserung des Manteltarifs und der Arbeitszeitfrage zu dem Schluß kommt, daß „nimmehr alles weg sei“, „Lohnzulage, Urlaub, alles ist weg“, so muß doch auf Grund der Tatsachen mitgeteilt werden, daß gerade das Gegenteil zutrifft. Wenn der betreffende Kamerad die Konferenzen besucht hätte, die in der fraglichen Zeit, als die Verhandlungen schwebten, verschiedentlich zu den brennenden Fragen Stellung nahmen und während der Organisation aufgaben, in dem von ihnen vorgeschlagenen Sinne weiter zu verfahren, so hätte er nicht zu dem Schluß kommen können, daß die Organisationsvertreter gegen den Willen ihrer Auftraggeber gehandelt haben. Wenn er aber die wirklichen Tatsachen nicht gekannt hat, so hätte er lieber schweigen sollen, anstatt derartige irreführende verbandsschädigende Behauptungen aufzustellen.

Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit? Die Organisationen haben zum 30. November 1924 das Arbeitszeitabkommen, den Manteltarif und die Lohnsätze gekündigt. Die Gründe hierfür waren folgende: Erreichung zeitgemäßer und menschenwürdiger Löhne, Veranferung des Umlaubs im Manteltarif (bisher war das nicht der Fall), Abbau der längeren Arbeitszeit.

Die Verhandlungen, die von den Unternehmern erst auf den 28. November angesetzt wurden, scheiterten, da weder in der Lohn- noch Urlaubsfrage eine Verständigung erreicht werden konnte. Die Unternehmer erklärten während der Verhandlung, daß sie wohl bereit wären, eine kleine Lohnzulage zu gewähren, diese aber davon abhängig machen, daß die längere Arbeitszeit bestehen bliebe. Als Urlaub wollten sie zugestehen: Urlaub nur für alle Arbeiter über 21 Jahre bis zur Höchstbauer von sechs Tagen für unter und über Tage. Sie forderten aber die tarifliche Festlegung einer reinen Arbeitszeit unter Tage von 8 Stunden (bisher 7 1/2 Stunden).

Die am 16. Dezember in Berlin stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen ergaben folgenden Schiedspruch:

„Die längere Arbeitszeit bleibt bestehen. Sie kann mit vierwöchiger Frist zum 31. März gekündigt werden. Die tarifliche Arbeitszeit für unter Tage von 7 1/2 Stunden bleibt weiter bestehen. Der Urlaub ist im Tarif aufgenommen und wird in der alten bisherigen Weise, wie ihn das Reichsurlaubsabkommen vorsah, weiter gewährt. Der Spitzenlohn beträgt ab 1. Dezember für den Unterhartz 3,95 Mk., für den Oberhartz 3,80 Mk.“

Die Unternehmer nahmen wohl den Teil des Schiedspruchs, der die längere Arbeitszeit weiter vorsah, an. Den Urlaub und die Erhöhung des Lohnes aber lehnten sie ab.

Durch diese Taktik wollten uns die Arbeitgeber zwingen, in eine neue Sackgasse zu gehen. Würden wir den ersten Teil des Schiedspruchs, wie es die Arbeitgeber annehmen, ebenfalls ablehnen, so war faktisch der Schiedspruch von beiden Parteien abgelehnt. Die Verbindlichkeitsklärung konnte nicht erfolgen und wir standen vor der Tatsache, daß damit auch die Lohn- und Urlaubsfrage vollständig gescheitert wäre.

Die längere Arbeitszeit wäre damit aber noch nicht beseitigt, denn die Arbeitgeber hatten auf Grund der Arbeitszeitverordnung die Möglichkeit, diese durch die Bergbehörde festlegen zu lassen.

Auf unseren Antrag ist dann am 16. Januar der Schiedspruch für verbindlich erklärt worden.

Der Erfolg unseres Vorgehens ist in den Versammlungen, welche zwecks Berichterstattung im ganzen Harz stattfanden, mit größtem Verständnis der überaus schwierigen Situation der Gewerkschaften richtig gewertet worden.

Die Absicht der Unternehmer, die tarifliche Arbeitszeit zu verlängern, wurde zunichte gemacht. Der Abbau des Urlaubs konnte verhindert

werden. Gegen den größten Widerstand der Arbeitgeber, die keinen Pfennig Lohnhöhung zugehen wollten, konnte der Spitzenlohn auf 3,95 bzw. 3,80 Mk. erhöht werden.

Wir wissen zu genau, daß damit die ungeheuren Mitle der Harzer Bergarbeiter noch nicht im entferntesten behoben sind. Aber wir wissen auch, daß diese Erfolge, welche unter den größten Schwierigkeiten, die seitens der Arbeitgeber gemacht wurden, uns Unlaf geben, mit doppelter Kraft für die Interessen der Harzer Bergarbeiter zu arbeiten. Voraussetzung hierbei ist aber Stärkung der Organisation. In den Dienst dieser Aufgabe sich zu stellen, wäre jedenfalls wertvoller von den betreffenden Kameraden, als durch falsche Berichte Verwirrung in die Reihen der Kameraden zu tragen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Abteilung, Zahlstellenleiter des Waldenburger Bezirks.

Infolge Wegfalls der Rechtsmittelbelehrung im Niederschlesischen Knappschaftsverein sind unsere Kameraden bei Auszahlung des Krankengeldes in den meisten Fällen auf die Angaben des Krankenscheinabgegebenen. Es trifft in den wenigsten Fällen zu, daß unsere krankenscheinenden Kameraden, wenn sie den Krankenschein abgeben, mit demselben erst zum Kassierer gehen können, um denselben vorzulegen. Wir haben deshalb kleine Zettel herstellen lassen und dieselben den Knappschaftsämtern übergeben, wo dieselben bei Abgabe des Krankenscheines den ersten und letzten Krankentag bescheinigen.

Wir machen deshalb unsere Kameraden darauf aufmerksam, daß in Zukunft nur solchen Kameraden Krankengeldunterstützung ausbezahlt wird, die einen derartigen vom Knappschaftsämtern unterschriebenen Zettel vorlegen. Bei Einfindung der Unterstützungsbelege an die Bezirksleitung sind diese Zettel dann mit beizulegen. Die Bezirksleitung.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 8. Woche (vom 15. bis 21. Februar) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Karl Bengelstorf, Zahlstelle Gärchen (Saupl.-Nr. 886 626), wird wegen Verbandschädigung ausgeschlossen.

Bücherrevue.

Essen-Altendorf. Vom 1. bis 15. März: — Bocholt. Vom 1. bis 31. März.

Abtreifenveränderungen.

Essen-Altendorf. Vertrauensmann ist Hermann Unger, Essen-West, Schönaichstraße 16.

Krankengeldauszahlung.

Somborn. Jeden letzten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr, beim Kassierer Pawel, Planetenstraße 87.
Essen-Altendorf. Jeden dritten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr, beim Kassierer Schmitt, Nordstraße 49.
Brand. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr, beim Kassierer Kaufel, Elfabelfstraße 2.
Kellinghausen. Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vorm. von 10—12 Uhr, beim Kassierer Strobel, Silberbankstraße 49.

Sür nur 35 Pfg.

kann man sich einen prachtvollen Nachtsch bereiten, denn aus Dr. Oetker's Puddingpulver stellt man einfach und schnell einen

Oetker-Pudding

her, der namentlich für Kinder ein Hochgenuß ist. Am liebsten sind Vanille- und Mandelgeschmack. Es gibt noch außerdem Himbeer-, Erdbeer-, Zitronen- und Ananas-Geschmack.

Sür 3-6 Personen genügt:

1 Päckchen Dr. Oetker's Puddingpulver	Mk. 0,10
1/2 Liter Milch	„ 0,17
2 Eßlöffel (50 Gramm) Zucker	„ 0,04
1 Eßlöffel (20 Gramm) Margarine (oder Butter)	„ 0,04
	Mk. 0,35

Angerichtet wird der Pudding mit eingemachten Früchten oder Fruchtjaff, wenn nicht zur Hand, nimmt man Dr. Oetker's Saucenpulver, entweder Vanille- oder Schokolade-Geschmack. Verlangen Sie nur „Originalpäckchen“ (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Ferkelkopf“.

Die beliebten Oetker-Rezeptbücher erhalten Sie kostenlos in den Geschäften, oder wenn vergriffen, gratis und franko von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Jeder kann froh wieder aufatmen,

und wird befreit von: **Stusten, Catarrh, Asthma, Lungenleiden,**
der als Lösungsmittel gegen fettigen Schleim bei Entzündungen der Luftwege und Lunge Anitthym gebraucht, ein reines Natronpräparat, Bonbons von angenehmem Geschmack. Wie der Name schon andeutet, handelt es sich bei Anitthym um ein Präparat aus Natrium und Thymin. Beide Pflanzen sind seit alter Zeit schon eine große Heilwirkung zugesprochen, die darauf beruht, daß sie ätherische Öle enthalten. Diese sind die eigentlichen Träger der Heilkraft. Wie wirkt nun Anitthym? Es löst den Schleim. Dies sagt an sich alles! Jeder, der bei Entzündungen des Halses oder der Lunge sich kaum noch seines Lebens freuen kann, da ihn ständiger Hustenreiz und Auswurf quälend und ihm Tag und Nacht nicht Ruhe lassen, weiß, was dies heißt. Der schlimmste Schleim wird durch Anitthym gelöst und verflüchtigt; hierdurch ist er leicht auszuwerfen, ohne daß Hustenreiz oder Schmerzen auftreten, ohne daß Blut mit abgeht. Das ist ein außerordentlich wertvolles Mittel, denn gerade der Hustenreiz ist es, der übermäßige Anforderungen an alle Organe der Lunge und des Halses fordert. Dies beruht sich sofort. Anitthym entfernt auch seinen Gehalt an ätherischen Ölen aber auch eine zweite ebenso wichtige Aufgabe, nämlich durch seine hohe antiseptische Wirkung die Reinigung der verschiedenen Schleimhäute, der Nasen- und Bronchien, der Hals- und Lungenleiden zu bewerkstelligen. Die Bakterien sind bekanntlich auch den Unterzungen vieler Krankheiten die Erreger und Verbreiter der Krankheit, speziell der Hals- und Lungenleiden. Anitthym wird mit größter Erfolg angewandt bei Husten, Halsentzündungen, Krämpfen im Hals, Schindeln, atemem und chronischem Katarrh, Heiserkeit, Lufttröhrenentzündung, Entzündung der Nieren, Grippe, Lungenentzündung, besonders auch bei dem akuten Catarrh der Nieren und bei tuberkulösen Husten. Anitthymen gehen immer mehr ein und lauten ähnlich, wie nachfolgend: „Ich litt den ganzen vergangenen Winter an Augen-Asthma- und Herz-Kreislauferkrankung, hatte immer sehr schwere Asthmaanfälle, so daß ich bei Nacht im Bett wachlag und nicht schlafen konnte. Es war wirklich sehr schwer, trotzdem ich immer in ärztlicher Behandlung war. Alles Nützliche mit Anitthympulver und Extrakt war ganzlich wirkungslos. Lange Zeit nahm ich taglich zweimal Pulver aus dem Pulver, aber vergebens. Keine Anfälle wurden nicht geringer. Da las ich von Ihrem Präparat Anitthym. Ich machte einen Versuch und bestellte mir 4 Schachteln. Schon nach Einnahme der zweiten Schachtel spürte ich eine sehr große Erleichterung, und die Anfälle kamen weniger. Nach Verbrauch der vier Schachteln war der Husten bereits verschwunden. Ich bestellte sofort zwei weitere Schachteln, und auf diese waren die hartnäckigen Asthmaanfälle gänzlich verschwunden, sowie auch der Husten. Ich bin Ihnen deshalb viel Dank schuldig und kann jedermann, der an dieser hartnäckigen Krankheit leidet, Anitthym bestens empfehlen. Achtungsvoll Ludwig Stöckel, Bezirksarzt a. D., Hochrücken, Post Zalling, Niederbayern.“ Aechtsliche Urteile liegen auch für andere Hals- und Lungenkrankheiten in großer Zahl vor.

Der Preis für Anitthym ist ein sehr mäßiger: für 14 Tage reicht etwa acht Schachteln, die für 5,20 Mark freigelegt abgegeben werden. Kleinste Packung = vier Schachteln für 2,70 Mark.

Apotheker F. Kost, Dresden 58, Schweizer Strasse 8.

Schwein 9 Pfd. Ia. Schweinestopf
mit Fettbuden franco 5,20 Mk.
9 Pfd. Schweinefleisch 4,75 Mk.
9 Pfd. Rindfleisch ohne Knochen 3,90
9 Pfd. Ia. Rindfleisch mit Knochen 4,90
9 Pfd. Schweinefleisch geräuchert 4,90

SCHUTZ MARKE



Echte Ravensberger die führende Marke
Verlangen Sie Preisliste
Nebelwerke
Bad Oeynhausen.
Zu haben in allen Delikatessengeschäften und Gastwirtschaften.

Musikinstrumente
Preisliste 629 umsonst
Edmund Paulus
Markenkirchen 629

FAHRRÄDER 62 MARK



FRACHTFREI EMPFANGSSTATION NACHNAHME ODER VORAUSZAHLUNG
FORDERN SIE GRATIS UND FRANKO KATALOG VON DER „SIGURD“-GESELLSCHAFT M. B. H., CASSEL 78

Ohne Kaufzwang! Das schönste Geschenk!
zur Konfirmation, Geburtstag, Hochzeit etc.
Alpaca-Besteck: Messer 1,80 Mk., Löffel und Gabel 1,25 Mk., Kaffeelöffel 75 Pf. à St. prima weiß bleibend.
Nicht gef. nehme zurück. Versand per Nachnahme oder Vorkaufzahlung.
Illustrierter Katalog über Silber-Besteck, Alpaca, Stahlwaren, Luxus- und Haushalt- Gegenstände gratis und franko.
Emil v. d. Steinen, Solingen 51.
Bergbauhaus und Stahlwarenfabrik.

Willste Musik treiben - Müde Dörstel schreiben!



MUSIK Instrumente
für Orchester, Schule und Haus
Kaufmann Max Dörfel
Killingenthal in Sachsen. Nr. 96

Rasieren unnötig!
Ohne Apparat, ohne Apparat, ohne Seife! Dr. Haase's Rasierapparat entfernt jed. lästigen Haarwuchs im Gesicht an einem Anhafter. Der perfekte Rasierapparat schwindet i. ein. Min. glatt b. kinderleicht. Gebrauchsanleitung, absolut gefällig; garantiert unerschütterlich. Auch für Damenbar leichte Anwendung.